contraste

zeitungfürselbstorganisation

402 | 35. JAHRGANG | MÄRZ 2018 | 4'50 EUR | www.contraste.org

NACHRICHTEN
Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf ruft zum globalen Aktionstag gegen das Ilisu Staudammprojekt auf. 3

PROJEKTE
Im Schenkladen »Systemfehler« in Berlin-Friedrichshain mal durchatmen. 4

GENOSSENSCHAFTEN
Setzen Genossenschaften Ansprüche der Unternehmensmitbestimmung um? 7

BIOTONNE
Die Initiative Teikei Coffee transportiert die Kaffeebohnen mit einem Frachtsegelschiff von Mexiko über das Meer. 13

PROJEKTE
Im Frauen*NachtCafé können sich Frauen* treffen, um sich auszutauschen, sich beraten zu lassen oder einen sicheren Ort zu finden. 14

UMCARE ZUM MITEINANDER

▲ Die Einsicht wächst, dass Care-Tätigkeiten sinnvoll und leistbar zu organisieren sind, wenn sie sich an den Bedürfnissen von Pflegenden und Gepflegten orientieren.
Foto: Giovanni Lo Curto

Care ist mehr

»Care-Tätigkeiten«, das war lange Zeit eine Bezeichnung für einen spezifischen Sektor, nämlich Pflege- und Versorgungstätigkeiten. Die Diskussionen darüber begannen mit dem Wunsch, diese Bereiche, die oft unbezahlt erledigt werden und in der Wirtschaftstheorie als unproduktiv gelten, sichtbar zu machen und ihren Wert darzustellen.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

In der allgemeinen Wachstums- und Rationalisierungseuphorie galten sie als Problembereich. Der US-amerikanische Ökonom William Baumol attestierte ihnen bereits 1967 die »Kostenkrankheit«, weil man zwar schneller Autos und Handys produzieren kann, aber nicht schneller Kinder erziehen oder Kranke pflegen. Um diesen Makel nicht auf sich sitzen zu lassen, versuchte man diesen Tätigkeiten einen Stellenwert innerhalb des Wirtschaftssektors zu geben. Es entstanden Begriffe wie »Sozialwirtschaft« oder »Care-Ökonomie«, es wurde versucht, den Wert dieser Arbeiten in Geld darzustellen. Es folgten ISO-Zertifizierungen für effiziente Abläufe, Produktkataloge, Zeitvorgaben für jeden kleinen Arbeitsschritt, was das Selbstwertgefühl der Einrichtungen kurzfristig steigerte. Bedürfnisse – von Pflegenden und Gepflegten – kamen dabei jedoch unter die Räder.

In den letzten Jahren wurden die katastrophalen Auswirkungen im Gesundheits- und Pflegebereich immer deutlicher sichtbar. Die Einsicht wuchs, dass es innerhalb der Logik dieses Systems nicht möglich war, Care-Tätigkeiten sinnvoll und leistbar zu organisieren. Das führte zu einem Paradigmenwechsel, der sich etwa in der Care-Revolution-Bewegung manifestiert: »Care« seht heute für die Forderung nach einem Systemwandel und reihte sich damit in andere ähnliche Diskurse, wie Commons oder Degrowth ein. Care sollte, so die Verfechterinnen dieser Idee, als Haltung ins Zentrum des Wirtschaftens rücken und nicht länger nur mehr einen bestimmten Sektor bezeichnen. Deshalb auch der englische Ausdruck, denn »to care« bedeutet eben nicht nur »sorgen« oder »pflegen«, sondern auch, »etwas ist mir nicht egal«. Eine solche Haltung kann nicht nur anderen Menschen gegenüber, sondern auch gegenüber der Natur eingenommen werden.

Der Schwerpunkt deckt diese Auffassung von Care in Theorie und Praxis ab. Ina Praetorius stellt auf Seite 9 ein Konzept vor, das Care in den Mittelpunkt des Wirtschaftens stellt. Friederike Habermann zeigt, dass sich diese Einsicht auch bei AktivistInnen durchsetzt. Von ihr stammt auch der Titel dieses Schwerpunkts »Umcare zum Miteinander«. Auf Seite 11 finden sich Überlegungen zum Zusammenhang von Care und Degrowth, auf Seite 12 gibt es ein Update zur Care-Revolution und einen Bericht über den Verein diversu e.V., der der Möglichkeit nachspürt, das Care-Konzept mit ökologischen Themen zu verbinden.

Da Pflegeeinrichtungen besonders unter der herrschenden Marktlogik leiden, ist es naheliegend, dass sie prädestiniert dafür sind, nach einer Care-Logik organisiert zu werden. Davon handeln die Praxisbeispiele auf den Seiten 10 und 11 über die holländische Organisation Buurtzorg und davon inspirierte Initiativen in Deutschland. Interessant, wenn auch kaum überraschend für Contraste-LeserInnen ist, dass sich die Form der Selbstorganisation dafür besonders gut zu eignen scheint. Selbstorganisation wird heute vielerorts als »innovatives Managementmodell« im Pflegebereich angepriesen. Für Einrichtungen, die aus der Kommunebewegung entstanden sind, wie etwa die Tagespflege Lossetal, und schon viele Jahre nach diesem Konzept arbeiten, mag das eine Bestätigung sein.

SOLIDARISCHER OLIVENÖLHANDEL DURCH DIE GENOSSENSCHAFTEN SOLIDARITRADE UND SOLIEXPO

Nicht nur reden, auch handeln

Ab sofort kann solidarisch angebautes und gehandeltes Olivenöl aus Griechenland bei SolidariTrade bestellt werden. Die Auslieferung erfolgt im März und April zunächst nach Berlin, Bochum, Frankfurt am Main und München.

ANNE SCHINDLER, BERLIN

Die Genossenschaft »SolidariTrade – Genossenschaft für Solidarisches Handeln« und »SoliExpo – Solidarische Exporte« starten ihre Solidaritätskampagne. Geliefert werden können bis zu 10.000 Liter extra-natives Olivenöl von der Kooperative »Messinis Gea«.

In Berlin, Bochum, Frankfurt am Main und München starten lokale Initiativen in Kooperation mit den Genossenschaften »SolidariTrade« und »SoliExpo« ihre Solidaritätskampagne und nehmen ab sofort Bestellungen für solidarisches und fair gehandeltes griechisches Olivenöl entgegen. Das Öl ist doppelt solidarisch. Durch direkten Handel kann der Kooperative 40 Prozent über dem handelsüblichen Marktpreis gezahlt werden. Außerdem wird pro verkauften Liter ein Euro für Hilfsprojekte in Griechenland gespendet. Die Spenden gehen an Projekte, die kostenlose medizinische Versorgung anbieten, Geflüchtete unterstützen und praktische Hilfe vor Ort leisten. Das Olivenöl wird in 1-Liter-Flaschen und 5-Liter-Kanistern angeboten.

Die Kooperative »Messinis Gea« wurde von Vassilis Bournas und seinen Mitstreitern im Südwestpeloponnes gegründet. Faire Arbeitsbedingungen, eine gerechte Bezahlung und der Verzicht auf chemische Zusatzstoffe zeichnen die Kooperative aus. Ihr kaltgepresstes Olivenöl wird aus einer der besten Olivenölsorten, der Koroneiki, gewonnen.

Am 17. und 18. März wird das bestellte Olivenöl im Alsenwohnzimmer in Bochum ausgegeben. Am Abend des 17. März ist dort eine Diskussionsveranstaltung »Solidartrade – Modell für ein gerechtes Europa?« geplant. Am 24. März erreicht das Olivenöl München und am 10. und 11. April dann Berlin. Hier wird Vassilis Bournas gemeinsam mit Axel Troost (die LINKE) über die Lage in Griechenland, die Erfahrungen mit den Reformen der SYRIZA-Regierung und die Politik der Europäischen Union diskutieren.

Die in Berlin gegründete Genossenschaft »SolidariTrade – Genossenschaft für Solidarisches Handeln« möchte selbstverwaltete Erzeugergemeinschaften in Europa unterstützen, indem sie kollektiv produzierte Produkte in Großbestellungen zu fairen Preisen abnimmt und hier zu fairen Konditionen an Verbraucher weitervermittelt. In den letzten beiden Jahren ist die Lage in Griechenland etwas aus dem Fokus geraten. Gleichzeitig gibt es Initiativen, die seit Jahren solidarische Arbeit für das Land leisten. Die Mitglieder der SolidariTrade, die mit der griechischen Genossenschaft SoliExpo enge Kontakte pflegen, haben sich deshalb entschlossen, mit griechischem Öl der Kooperative »Messinis Gea« zu starten.

Die Mitglieder haben die Form der Genossenschaft bewusst gewählt, weil diese Betriebsform von Teilhabe lebt. Die Genossenschaft soll vor allem zwei Dinge sein: Netzwerk und Infrastruktur. Ein Partner im Netzwerk für Initiativen, Vereine und Einzelpersonen, die sich für den Direkthandel von kollektiv produzierten Waren in Europa engagieren und Interesse an anderen Wirtschaftsformen haben und eine Infrastruktur für Kampagnen bieten, die zum Beispiel das Olivenöl vor Ort verkaufen möchten. Die Genossenschaft steht allen offen, die sich für solidarischen Handel engagieren wollen.

Das Olivenöl kann auf der Webseite von SolidariTrade bestellt werden. Die ein Liter kostet 12 Euro, fünf Literkosten 50 Euro. Interessierte, die nicht in den Abholorten wohnen, können das Öl direkt nach Hause bestellen.

Bestellungen und Infos:
www.solidaritrade.de
Infos unter:
https://hellassolidaritaetbochum.wordpress.com/

INHALTSANGABE

NACHRICHTEN SEITE 3
GLOBER AKTIONSTAG HASANKEYF
MELDUNGEN

PROJEKTE SEITE 4
SCHENKLADEN »SYSTEMFEHLER«
LESER*INNENBRIEF

PROJEKTE SEITE 5
CECOSESOLA

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 6
CITY PLAZA

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7
UNTERNEHMENSMITBESTIMMUNG
BUCHBESPRECHUNGEN:
GENOSSENSCHAFT
ORGANISATIONSENTWICKLUNG

DISKUSSION/THEORIE SEITE 8
GRUNDSICHERUNG
RECHTSTICKER

SCHWERPUNKT SEITE 9
CARE: AKTIVISTISCHE PRAKTIKEN
WIRTSCHAFT IST CARE

SEITE 10
MOBILE PFLEGE OHNE MANAGER
BUURTZORG

SEITE 11
PFLEGE AUF AUGENHÖHE

SEITE 12
CARE REVOLUTION
DIVERSU E.V.

BIOTONNE SEITE 13
SEGELNDER KAFFEE

KUNST&KULTUR SEITE 14
FRAUENNACHTCAFÉ
AUSTAUSCH MIT CECOSESOLA

REZENSIONEN SEITE 15
LINKE MEDIEN IN DEN USA
AUTOBIOGRAPHIE VON LUTZ TAUFER
»LEBENSRETTEND« ODER »PARANOID«?
PROTEST ALS KULTUR?
EINFÜHRUNG IN DIE (ERFOLGREICHE)
GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISATION

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL

Zeichnung: Eva Sempere

KEinkaufsbummel

ULI FRANK, REDAKTION SPROCKHÖVEL

DHL, Hermes und natürlich auch die gute alte Post bringen mir ins Haus, was ich im Internet bestelle. Ich freue mich darauf, wie die Kinder auf den Weihnachtsmann, öffne gerne Päckchen und Pakete und integriere die schönen Inhalte in mein Leben. Dafür ernte ich oft Kritik: Das sei ökologisch falsch und würde die gewachsene Struktur der Städte zerstören.

Der erste Punkt leuchtet mir nicht ein. Denn statt dass jeder einzelne Konsument vorwiegend mit dem Auto alle möglichen Geschäfte aufsucht und dann wieder – jeder für sich – die vollen Taschen nach Hause schleppt, könnte doch ein schlauer Algorithmus, der diese gesamten Kaufvorgänge koordiniert und die Kunden straßenweise optimiert versorgt, den Verteilungsaufwand enorm verringern und Energie einsparen. Die IT-Branche bastelt ja auch schon fieberhaft an entsprechenden Lösungen, etwa kleinen Lieferhubschraubern oder Paketrobotern, die schon bald Waren ausliefern sollen.

Aber was ist mit den Innenstädten?

Wer an einem normalen, nicht »verkaufsoffenen« Sonntag durch Innenstädte bummelt, stellt fest, dass dort nichts los ist. Das scheint das Argument erst mal zu bestätigen. Aber ich frage mich doch, ob die gesamte Kommunikation zwischen Menschen inzwischen nur noch im Kaufen und Verkaufen besteht und ob es das wirklich ist, was wir von einer Innenstadt erwarten?

Gäbe es nicht viel bessere Nutzungsmöglichkeiten für Innenstädte als massenhaft Räume bereitzustellen, in denen Waren verkauft und gekauft werden, und zwar in allen Straßen und in allen Städten der Welt, die gleichen? Die könnte man ebenso gut im Internet bestellen. Und die Menschen kommunizieren dort ja nicht miteinander, sondern hetzen aneinander vorbei oder streiten bestenfalls um das beste Schnäppchen.

Eine andere Qualität könnte entstehen, wenn es dort originelle Läden mit individuell angefertigten Produkten und individueller Beratung und kleine Kneipen gäbe. Daneben und dazwischen wäre Platz für Freiflächen und Räume, in denen sich Menschen jederzeit treffen könnten, um Spiele, Diskussionen oder Partys zu organisieren. Künstler könnten ihre Werke präsentieren, Lesungen veranstalten, Chöre könnten singen, Repair-Cafés eröffnen, dazwischen Mehrgenerationenhäuser und gemeinschaftliche Wohnanlagen, Bolzplätze, Diskos und Bastelstuben für Jugendliche. Public viewing von interessanten Ereignissen das ganze Jahr über wäre möglich. Bürgerinitiativen, Vereine, Nachbarschaftsgruppen hätten eine echte Chance auf eigene Räume.

Beispiele für die kreative Nutzung von Leerständen in den Innenstädten gibt es viele. In Wien baut das Grätzl-Hotel Ladenlokale zu Hotelzimmern und -Suiten um, die von einer zentralen Rezeption verwaltet werden. In Solingen gründete sich Beroma, eine Genossenschaft zur Nachbarschaftshilfe, die neue Einkaufsmöglichkeiten schafft, bei denen der Lieferservice eingeschlossen ist oder auch das Abholen und Zurückbringen von Käufern. In Witten machten vier StudentInnen aus dem einst von Ladenleerständen geplagten Wiesenviertel ein Kreativquartier, das begeisterte Besucher auch aus den Nachbarstädten anzieht.

Solche Orte der Begegnung könnten eine schöne und sinnvolle Motivation für einen Stadtbummel sein, auch sonntags, würden die Städte wirklich beleben und wären von Einkäufen im Internet nicht bedroht.

contraste abonnieren!

Schnupperabo (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Standard-Abo (Print oder PDF) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

Kollektiv-Abo (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99

Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

Änderungen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2018

Wat mutt, dat mutt

Liebe Leser*innen,

viel Unerfreuliches ist zur Zeit zu lesen und zu hören. Sei es der Krieg in Afrin gegen selbstorganisierte Strukturen, sei es die verzweifelte Lage der breiten Bevölkerung in Venezuela, sei es der jüngste kleine Börsencrash, der größere Crashs in den spekulativen Sektoren von Bank und Börsen ankündigt. Alles Indikatoren, dass das Alte nicht mehr geht, dem Neuen aber der Durchbruch verwehrt wird. Anstatt Industrie und Lohnarbeit auszuweiten, wird auf die Rationalisierungs-Algorithmen gesetzt und vermehrt auf das sogenannte »fiktive« Kapital gewettet. Der Blasenkapitalismus dominiert inzwischen das Weltgeschehen.

Die große Lösung heißt Einsteigen in eine neue Gesellschaft, die nicht mehr profitorientiert tickt und von solidarischen Strukturen getragen wird. Viele Menschen versuchen hier jüngst oder seit vielen Jahren schon erste Schritte zu gehen. Anfangs oft belächelt konnten sich regional sichtbare Alternativen bilden. Das versucht das »System« mit Repression zurückzudrängen und zu zerstören. Trotzdem heißt es an allen Ecken der Welt weiter und neu zu machen, da es kein Zurück in einen halbwegs funktionierenden Kapitalismus geben kann. Auf zu Commons und Allmenden. Wat mutt, dat mutt.

Auch bei der Contraste heißt es weiter machen und unser selbstorganisiertes Zeitungsprojekt finanziell abzusichern. Zur Zeit ist allerdings ein wenig Flaute bei den Spendeneingängen. 88 Euro wurden gespendet. Vielen Dank. Es bleiben noch einige Tausend Euro, die bis Ende des Jahres fließen müssen, um weiter machen zu können. Wat mutt, dat mutt. Vielleicht geht noch was?

Drei neuen Abos stehen drei Kündigungen entgegen. Hier sei erinnert, dass auch PDF-Abos möglich sind. Und warum nicht Freund*innen und Bekannte mal mit einem Schnupperabo beglücken?

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte in den Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail.

Aus der Contraste-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

L.C+M.L.	8,00
Stefan Pohl, Graz	30,00
Doris Brinkmann-Herz, Köln	50,00

Spendenticker Aktion 2018: Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **4.280,50 Euro**

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

AUFRUF: »GLOBALER AKTIONSTAG GEGEN DAS ILISU STAUDAMMPROJEKT « AM 28. APRIL 2018

Stoppt die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr!

▲ Aktion in Hasankeyf gegen den Ilisu Staudamm: Aktive halten Schilder hoch: »Stoppt es!«. Auf dem Transparent steht auführlicher: »Stoppt das mörderischere Projekt - Hasankeyf soll leben«.
Foto: Initiative zur Rettung Hasankeyf

Wir rufen alle Menschen auf, am 28. April 2018 sich in einem globalen Aktionstag gegen die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr (Altstadt in Amed/ Diyarbakır) in Nord-Kurdistan (Südosten der Türkei), zu stellen.

ÖKOLOGIEBEWEGUNG MESOPOTAMIEN UND INITIATIVE ZUR RETTUNG VON HASANKEYF

Hasankeyf und Sûr sind seit Jahrtausenden bewohnte Orte am Fluss Tigris in Obermesopotamien. Seit Jahren sind diese durch die von der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP), deutsch Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, geführten türkischen Regierung systematischen Zerstörungen ausgesetzt. Doch beide sind auch zu Symbolen des Widerstandes sowohl gegen die ökologisch-soziale Zerstörung durch Mega-Investitionsprojekte als auch die seit 2015 laufende Kriegspolitik des türkischen Staates geworden.

Hasankeyf wird seit 12.000 Jahren ununterbrochen bewohnt, stellt mit dem bisher wenig beeinträchtigten Tigristal ein unvergleichbares Schauspiel an Geschichte, Kultur und Natur dar. Es übertrifft in vieles Ephesus, Troja und Kappadokien. Es erfüllt neun von zehn Kriterien der UNESCO, die aber nichts gegen das Ilisu Staudammprojekt unternimmt. Das Ilisu Projekt ist eines der weltweit umstrittensten Staudämme und würde bei Stauung 80.000 Menschen ihrer Lebensgrundlage berauben. Seit knapp 20 Jahren leisten Betroffene und andere Widerstand und konnten mehrmals das Projekt stoppen. Doch die AKP nahm immer wieder den Bau auf, weil sie Ilisu als ein strategisches Instrument für ökonomisch-politische Ziele betrachtet. Mit starker Militärpräsenz hat das Projekt heute fast sein Bauende erreicht und deine Katastrophe für Millionen Menschen wird erzwungen. Internationale Firmen sind sowohl beim Staudammbau (vor allem Andritz aus Österreich) als auch bei der Versetzung von einigen der mehr als 300 Monumente aus Hasankeyf beteiligt (siehe Unterschriftenkampagne gegen Bresser aus Holland unter www.hasankeyf-girisimi.net). Letzteres wird von der Türkei als Propaganda für die angebliche »Rettung Hasankeyfs« genutzt.

Sûr ist die Altstadt vom antiken Amed (Diyarbakir) mit einer mindestens 7.000 Jahre alten ununterbrochenen Besiedlung. Sûr ist sehr politisch und hat sich ab 2007 in rätedemokratischen Strukturen für mehr Demokratie und Frauenbefreiung organisiert. Als die AKP 2015 den Krieg einseitig gegen die kurdische Bevölkerung lostrat, wurden Sûr und andere selbstorganisierte Städte brutal angegriffen und durch das Militär Verbrechen gegen die Menschheit begangen. Die größte physische Zerstörung von Sûr erfolgte nach Ende jeglicher bewaffneter Auseinandersetzungen ab März 2016. Seitdem wurden die Häuser von 25.000 zwangsvertriebenen Menschen komplett abgerissen. Dasselbe erfuhren etwa 175.000 Menschen in anderen zerstörten Orten wie Cizre, Nusaybin und Sirnak. In diesen Orten und Sûr wurden mehrere Hundert Zivilisten gezielt getötet. Diese Verbrechen, die an den Bürgerkrieg der 1990er Jahre erinnern, wurden vom UN Menschenrechtskommissiariat in einem Bericht im Februar 2017 dokumentiert.

Die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr entspricht im Wesen der Zerstörung der Buddha Tempel durch die Taliban in Afghanistan und von Palmyra in Syrien durch den IS. Wenn ein Staat kulturelles und natürliches menschliches Erbe bewusst und systematisch zerstört, dürfen Staaten und internationale Organisationen wie die UN nicht schweigen. Insbesondere die Europäische Union ist gefordert. Diese zieht aber ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei dem Schutz von Menschenrechten vor. Dies kann geändert werden, indem Menschen und Organisationen mit moralischem Bewusstsein an die Öffentlichkeit gehen. Wir fordern Euch auf, euch solidarisch mit den vielen Menschen in Kurdistan und der Türkei zu zeigen, die gegen die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr kämpfen. Die Rettung beider Orte ist noch möglich und kann Hoffnung gegen weitere kulturell-sozial-ökologische Zerstörung geben und die Friedensperspektive wieder stärker werden lassen. Die AKP ist nicht so stark, wie sie vorgibt zu sein.

Kommt in Euren Orten zusammen und führt eine Aktion am Samstag, den 28. April 2018 durch. Seid dabei kreativ und bindet weitere Kreise ein. Prangert die Rolle von Regierungen, Banken, internationalen Einrichtungen wie die UN und internationaler Firmen an. Zeitnah zum Aktionstag gibt es weitere Infos und Materialien.

Ökologiebewegung Mesopotamien und Initiative zur Rettung von Hasankeyf

E-mail: mehdiplo@riseup.net
Webseite: www.hasankeyfgirisimi.net

MELDUNGEN

Dokumentation zur Solidarischen Landwirtschaft

Zwischenzeit e.V. aus Münster präsentiert eine 30-minütige Dokumentation zum Thema Solidarische Landwirtschaft. Sie ist im Rahmen des Projektes »Andere Welten vor der Haustür - Solidarische und ökologische Projekte in Deutschland und Europa« erstellt worden. Die Filme sind für die Jugend- und Erwachsenenbildung konzipiert und sollen in 90-minütigen Veranstaltungen vorgestellt werden (ab Klasse 10). Zwischenzeit e.V möchte mit der Doku zahlreichen Veranstaltungen im Rahmen der Jugend- und Erwachsenenbildung durchführen. Sie planen zudem ein Vernetzungstreffen von Aktivist*innen aus allen diesbezüglichen Themenbereichen.

Filmlink:
www.youtube.com/watch?v=KCiDFubVtYo
Infos unter:
http://www.zwischenzeit-muenster.de/

Landwirtschaft für Quereinsteiger*innen - Berufsbegleitende Weiterbildung

Am 9. März 2018 startet an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) eine wissenschaftliche Weiterbildung, die Einblicke in das landwirtschaftlich-soziale Berufsfeld vermitteln will. Nähere Informationen zum Hochschulzertifikat, den aktuellen Modulen und Anmeldeformalitäten sind auf der Webseite erhältlich.

Infos unter:
www.weiterbildung-soziale-landwirtschaft.de.

Sozialistische Stadt

Mit einer Broschüre hat die Interventionistische Linke Berlin Erfahrungen aus den stadtpolitischen Kämpfen der letzten Jahre zusammengetragen. Die IL formuliert Vorschläge, wie und dass Wohnraum Schritt für Schritt aus privater in öffentliche Hand gebracht und demokratisiert werden könnte - und sollte.

Infos und Download unter:
http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/das-rote-berlin

ANZEIGEN

SCHENKLADEN BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Im »Systemfehler« verweilen

Während sich Konsumteufelchen rechts und Nachhaltigkeitsengelchen links noch um die hin- und hergerissene Seele streiten, kann man im »Systemfehler«, dem Schenkladen in Friedrichshain mal durchatmen und zwischen den beiden Streithähnen vermitteln.

CLAUDIA DUBE / REDAKTION BERLIN IM WANDEL

▲ Immer mehr Schenk-, Leih- und Tauschläden werden eröffnet. Die künstlerische Gestaltung des Schaufensters im Schenkladen Berlin-Friedrichshain ist dennoch einzigartig.

Foto Im Wandel

Beim Besuch in der Jessnerstraße 41 wird eins ganz deutlich: Konsum geht auch anders, nämlich nachhaltig und fair, das Ganze bitte möglichst gemeinsam. Als solidarisches Projekt ist der »Systemfehler« ein Laden in dem Geben und Nehmen einen Raum bekommt. Das Konzept funktioniert so, dass man zum einen Dinge, die nicht mehr gebraucht werden, sinnvoll loswerden kann – ihr wisst schon: Müllvermeidung und so. Zum Anderen bekommt man hier auch Dinge, so man sie braucht, ganz umsonst.

Die Idee entstand vor ungefähr 10 Jahren, damals noch in anderer Location. Freeboxen gab es schon, es gab aber auch das stadttypische Problem, dass diese auch mal als Mülltonne missbraucht wurden. Ein Raum musste her. Jemand, der das betreut, wäre schön. Warum also nicht als Laden? Warum dann auch nicht gleich als Projekt, um die Idee dahinter zu vermitteln.

Nachdem der Laden von der Scharnweberstraße in die Jessnerstraße umgezogen war, gab es mehr Platz, die Strukturen wurden organisierter, die Gruppe hat sich gefestigt. Man entwickelt sich immer weiter. So auch in dem Punkt, dass Reglementierungen getroffen werden müssen, die ein Konsumverhalten begrenzen sollen, dass eben gerade kritisiert wird, erzählt uns Hardy Riedel vom Schenkladen. So soll man nicht mehr als fünf Teile mitnehmen, was aber auch »ganz flexibel« gestaltbar sei. Mittlerweile international bekannt und als Gemeinschaft weiter gewachsen ist der Laden heute Bestandteil des Kiezes.

Das Projekt versteht sich als Konsumkritik: kaufen, wegschmeißen, mehr kaufen, noch mehr wegschmeißen-muss das wirklich sein? Der Laden zwischen Frankfurter Allee und Ostkreuz stellt einen Raum, in dem man dem Ausverkauf des Planeten etwas entgegnen kann. Die Besucher sind eingeladen die Sache mit der Wirtschaft auch mal von der anderen Seite zu betrachten und sich an diesem Punkt zu begegnen, im besten Fall darüber in den Dialog zu kommen.

Im Gegensatz zu Wohlfahrtsinitiativen ist die Idee des Schenkladens, dass hier jeder teilhaben kann und nicht auf Bedürftigkeit kontrolliert wird, »kein Armutszeugnis vorlegen muss«, wie Hardy Riedel sagt. So geht es nicht in erster Linie darum Sachen an den Menschen zu bringen, sondern um die Kritik am Wirtschaftssystem, die direkt mit einer Alternative präsentiert wird.

Auch ein Schenkladen lebt nicht nur von Luft und Liebe. So finanziert sich der »Systemfehler« außer über Spenden auch über Patenschaften. So wird man ein Stück weit Teil des Ladens und es entsteht eine Gemeinschaft. Der Laden bietet in diesem Sinne auch Raum für andere solidarische Projekte und Workshops.

»Neuen Ideen Raum geben«, um einen Wandel zu erfahren. Im Denken und im Umgang miteinander. Ein frischer Wind eben, der durch die Gesellschaft geht, so wünscht man sich das im Schenkladen in der Jessnerstraße.

http://berlin.imwandel.net/contraste402-systemfehler

Der Wandel

hat schon begonnen...

willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in Contraste regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

http://www.imwandel.net/

LESER*INNENBRIEF: CONTRASTE 399 AUSGABE DEZEMBER 2017

Stellungnahme zum Artikel Seite 4 »Durch Teilen gewinnen«

Die Familie, um die es geht, kommt aus dem Vielvölkerstaat Jugoslawien. 1991 wurden Slowenien und Kroatien im Alleingang von der Bonner Regierung anerkannt. Im folgenden Krieg kamen einige ihrer Familienangehörigen ums Leben. Deshalb floh ein Teil der Familie in die Bundesrepublik und lebten mit einem Duldungsstatus in Berlin. Als Erwachsene kamen die ehemaligen Kinder wieder. Wir haben sie in der Beratung bei Basta kennengelernt.

Zum 1. Juli 2015 hatte die 7-köpfige Familie einen Nutzungsvertrag im Share House unterzeichnet und zum 31. Dezember 2016 wurde ihr eben dieser Nutzungsvertrag gekündigt. Die Kaution in Höhe von 780 Euro wurde vom Jobcenter vorgestreckt und musste von der Familie in Raten über knapp zwei Jahre zurückgezahlt werden. Die Kaution wurde der Familie nicht wiedergegeben.

In einer Stadt mit angespannter Mietsituation wie Berlin davon auszugehen, dass eine »Mietdauer auf 18 Monate begrenzt« ausreichen würde, um Fuß zu fassen, ist ein Hohn. So wurden auch allen anderen Bewohnern weitere Verlängerungen des Mietvertrages zugebilligt. Viel eher war es wohl der Wunsch nach Ruhe und christlicher Normalität, weswegen der Familie vom Wohnheim gekündigt wurde. Die Familie wurde stigmatisiert und ihrer Chancen auf Wohnen, ein Familienleben mit geringerem Stress beraubt, weil sie den im Heim herrschenden Regeln und Konventionen nicht entsprach: Sie rauchten in ihrer Wohnung.

Armen Leuten das Teilen beibringen zu wollen grenzt an Selbstvergötterung. In dieser Familie ist das Teilen mit weiteren Angehörigen (Überlebens-)Praxis. Es muss ihnen nicht erst von Wohlstandsbürgern beigebracht werden, die meinen ein wahnsinnig tolles Projekt umzusetzen.

Die Mitarbeiter des Share House und der Neuköllner Grundschule zeigten die Familie beim Jugendamt an. Seitdem wird die Familie vom Jugendamt zwangsbetreut. Bei allen Versuchen der Neuköllner Grundschule und dem Heim die Familie beim Jugendamt anzuschwärzen, konnte der Familie nie nachgewiesen werden, dass sie die Kinder misshandelte oder nicht liebevoll sei. Es ging um Übel wie, die Kinder würden stinken und den Anordnungen der Lehrerinnen nicht folgen. Eine Vorladung zum Familiengericht hatte die ungenügende Zahnversorgung der Kinder zum Thema. Die Familie war in den letzten 4 Jahren wohnungslos, nicht durchgehend krankenversichert und nie lange an einem Ort, oft lebte sie nur von Gutscheinen.

Im kollektiven Gedächtnis dieses Landes, insbesondere der Kirche ist für die Beteiligung an der Vertreibung und Ermordung von Sinti und Roma kein Platz. Eine christlich-abendländische Kultur hat keinen Nerv, sich mit dem heutigen harten Alltag von Sinti und Roma, die geplagt sind von Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit oder hart arbeitenden Armen, auseinanderzusetzen.

Zeitmietverträge, kein Recht seine Türen abzuschließen, keine eigenen Küchen und Meldungen ans Jugendamt, Bevormundung und Kontrollen zeigen, wer das Sagen hat und wer sich vielleicht noch durch »kulturelle Vielfalt« bereichern darf. Das »Sharehaus« hat die Familie auf die Straße entlassen, ganz in alter Tradition der Nächstenliebe scheinen auch heute drakonische Strafen, das Mittel der Wahl.

So viel zu eurem Artikel »Durch Teilen gewinnen«.

Basta! Berlin

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin. Beratung, Begleitung und Aktion zum Jobcenter: Basta ist eine unabhängige Beratungsstelle. Die Menschen in der Beratung leben zum Großteil selbst vom Arbeitslosengeld und beraten dementsprechend auch aus eigenen Erfahrungswerten. Wir wissen, dass das Jobcenter häufig zu unseren Ungunsten Entscheidungen trifft. Daher beraten wir in deinem Sinne, d.h. wir gehen bei Problemen erstmal davon aus, dass das Jobcenter einen Fehler gemacht hat und wollen dich unterstützen zu deinem Geld zu kommen, deinen Umzug oder Urlaub bewilligen zu lassen, dir gewünschte Weiterbildungen zu ermöglichen und ungeliebte Ausbeutungsjobs loszuwerden. (Auszug aus dem Selbstverständnis von Basta!)
Infos unter: http://basta.blogsport.eu

Auszug aus dem Nutzungsvertrag des Sharehouse

»Präambel
Dem Mieter ist bekannt, dass es sich bei dem Vermieter um ein christliches Werk handelt, das entsprechend der Satzung, folgende Aufgaben und Zwecke verfolgt:

- *Die Förderung der christlichen Religion evangelischen Bekenntnisses sowie die Vermittlung missionarisch-diakonischer Grundsätze. Auch dient die Förderung der Jugendhilfe, der Altenhilfe, des Wohlfahrtswesens und der Bildung und Erziehung.*
- *Verkündigung, Seelsorge, Sakramentsverwaltung und Amtshandlungen sowie missionarische und diakonische Dienste zugunsten aller Menschen, vor allem der Kirche entfremdeten, zugezogenen, heimatlosen, kranken, vereinsamten, Arbeit suchenden oder gefährdeten Menschen, gehören zu den Aufgaben des Vermieters ebenso wie die Verbreitung von Bibeln und christlichem Schrifttum.*

Dies vorausgeschickt geht der Vermieter bei Abschluss des Mietvertrages davon aus, dass der Mieter die vorher genannten Satzungsziele unterstützt oder wohlwollend duldet und insbesondere sich bei der Nutzung der vermieteten Räumlichkeiten an den Satzungszielen des Vermieters orientiert bzw. diesen nicht zuwider handelt. Jede andere religiöse Einflussnahme und jede partei-politische Beeinflussung im Haus ist untersagt.

§2 Mietzeit und Kündigung

1. *Das Mietverhältnis wird einvernehmlich auf eine Laufzeit von 15 Monaten begrenzt und beginnt am 1.7.2015. Es verlängert sich um jeweils 3 Monate, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag vier Wochen vor Ablauf der jeweiligen Mietzeit schriftlich kündigt.*
2. *Die Miete beträgt 1126€ und wird vom Jobcenter direkt an den Vermieter gezahlt. Die Abmachung der Direktzahlung ist Teil des Mietvertrages.*

50 JAHRE KOOPERATIVE CECOSESOLA IN VENEZUELA

Teures Leben, günstiges Sterben

Die Situation in Venezuela ist – vorsichtig formuliert – bedrückend: Die ökonomische Krise mit einer Hyperinflation von mehr als 2.000 Prozent 2017 mit Prognosen mehrerer Tausend Prozent für 2018 geht mit einer steigenden Kriminalitätsrate einher. Die Lebensmittelversorgung ist prekär. Und auch die Kooperative Cecosesola spürt die bitteren Folgen der Krise.

AZOZOMOX, BERLIN

26.616 Morde gab es 2017 in Venezuela. Die Hauptstadt Caracas gehört inzwischen mit zu den unsichersten Städten weltweit, mit einer Rate von 130 Morden auf 100.000 Einwohner*innen. Ein harter Konkurrenzkampf selbst um Lebensmittel findet statt. Die Preise für fast alle Produkte ändern sich tagtäglich aufgrund der wahnsinnigen Inflation. Ein Karton Eier kostet um die 300.000 Bolivares (Junge Welt vom 25. Januar 2018). Dies entspricht etwas weniger als der Hälfte des staatlich festgesetzten Monatsmindestlohns. Tausende von Menschen verlassen das Land oder sind im Begriff, das zu tun. Auch wenn sich in letzter Zeit immer mehr linke Oppositionsgruppen jenseits der offiziellen Regierungspartei PSUV (deutsch: Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) gründen, ist am bedrückendsten vielleicht das Fehlen einer sichtbaren politischen Alternative, die nicht auf neoliberale Marktpolitik setzt. Insofern sticht das Netzwerk der Kooperativen von Cecosesola (Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara) als tatsächliche Alternative hervor. Im Dezember 2017 konnte es mit seinen 1.300 Arbeiter*ìnnen, ca. 90 Kleinbetrieben und Produktionsstätten und mehr als 20.000 Mitgliedern seinen 50. Geburtstag feiern.

Solidarische Gemeinschaft

In Cecosesola sind eine Reihe von landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammengeschlossen, die drei große Wochenmärkte in der Millionenstadt Barquisimeto betreiben sowie die Pasta Fabrik 8 de Marzo, dazu ein großes Beerdigungsinstitut und sechs Gesundheitsstationen, darunter das Gesundheitszentrum CICS (Centro Integral Cooperativo de Salud).

Teresa, die Ingenieurwissenschaften studiert hat, erzählte uns, dass 60 von 80 Absolvent*innen ihres Studiengangs inzwischen das Land verlassen haben. Das ist eine Quote von 75 Prozent im Vergleich zu den zehn von 600 Personen (1,7 Prozent), die in den drei großen Wochenmärkten von Cecosesola arbeiten – ein Ausdruck dafür, dass hier die Gemeinschaft die Solidarität und den Zusammenhalt stärkt und nach kollektiven Lösungen gesucht wird.

In der 1984 gegründeten Kooperative 8 de Marzo in dem Dorf Palo Verde sind es 16 Frauen und fünf Männer, die hier sieben verschiedene Sorten von Vollkornpasta für einen unter dem Markt liegenden Preis produzieren. Anfänglich, so Rosa, eine der Arbeiter*innen, habe man »die Vollkornnudeln belächelt und sie wurden kaum gegessen«. Inzwischen habe sich das aber verändert, nicht nur wegen des günstigen Preises, auch der Nährwertgehalt hat viele überzeugen können.

Doch nun stockt die Produktion. Ein Teil der aus Italien stammenden Maschine Parmigiana ist dem Verschleiß zum Opfer gefallen und muss ersetzt werden. Doch Devisen, um das Ersatzteil aus Italien zu importieren, sind nicht vorhanden. Ein internationaler Spendenaufruf (siehe Contraste Nr. 400) hat allerdings bewirkt, dass sich das Ersatzteil sich inzwischen bereits in Venezuela bei der Zolleinfuhr befindet, von wo es allerdings nur mittels einer Schenkungsurkunde an seinen Bestimmungsort gelangen kann.

Debatten: Wie umgehen mit der Krise?

Nach zwei Tagen in Palo Verde fuhren wir weiter nach Barquisimeto, zum Herzstück der Kooperative. Zuerst auf einer Pritsche eines LKWs, der Tagelöhner*innen, die gerade einmal für 10.000 Bolivares (10 Cent) am Tag arbeiten, in die Stadt Sanare befördert. Zum Vergleich: Unsere einstündige Busfahrt von Sanare nach Barquisimeto kostete pro Person stolze 6.000 Bolivares.

In der Stadt angekommen, nahmen wir gleich an einem Treffen der Wochenmärkte über deren ökonomische Situation teil. Die Zahlen zu Eingängen, Ausgaben oder Kosten der Gehälter hängen für alle sichtbar an den Wänden. Hier wird ein Vorschuss anstatt eines Lohnes bezahlt, da es sich nicht um ein abhängiges Arbeitsverhältnis handelt. Angesichts der Inflation geht es um Millionen- und Milliardenbeträge. Es war nicht immer leicht zu folgen, und im Taschenrechner darf man sich bei den Nullen nicht verzählen. Eins wurde aber deutlich: Es wird generell weniger produziert und demzufolge weniger verkauft. Die Einnahmen reichen gerade für eine Woche im Voraus, um die Einkäufe für die Wochenmärkte tätigen zu können. Das größte Problem bleibt die rasende Inflation. Sie frisst das Geld, das im kooperativen-eigenen Fonds angespart wurde, denn jede Woche verliert der Bolivar an Wert. Am sinnvollsten wäre es vielleicht, um den Wertverlust zu stoppen, das eingenommene Geld sofort auszugeben beziehungsweise in Maschinen zu investieren. Doch dann gäbe es keine Rücklagen mehr. Alle überlegen, was zu tun ist, wöchentlich werden Pläne geschmiedet, verworfen und neu überdacht. Und nun will die Kommunalregierung auch noch zwölf Prozent Steuern auf die Bruttoeinnahmen eintreiben. Das wäre der sichere Tod dieser Kooperative, die gerade einmal von Woche zu Woche überlebt.

Das würde auch für viele weitere Kooperativen den Ruin bedeuten. Cecosesola zeigte sich widerständig und mobilisierte gegen dieses neue Gesetz. Doch im November 2017 erschien eine neue Gemeindeverordnung, die den Kooperativen eine zwölfprozentige Steuer auf alle Bruttoausgaben aufbrummt. Auch gegen diese Verordnung wird sich Cecosesola zur Wehr setzen müssen.

Kampf um Lebensmittel

Von Donnerstag bis Sonntag sind die drei Großmärkte der Kooperative in Barquisimeto geöffnet. Dort können neben Gemüse und Früchten auch andere Lebensmittel zu bis zu 30 Prozent niedrigeren Preisen als auf kommerziellen Märkten gekauft werden. Tausende Menschen strömen dann ab sechs Uhr morgens durch die Schleusen, mit ihren Ausweisen und einer Ticketnummer, die sie sich an den Tagen zuvor holen mussten. Früher gab es keine Ticketausgabe, aber ellenlange Schlangen und handfeste Auseinandersetzungen um den Einlass, führten zu dessen Einführung. Nach dem Tod einer Frau, die im Gerangel und Kampf durch eine Kugel ihren Tod fand, wurde das neue System eingeführt.

Es läuft jetzt gemächlicher, doch an diesem Donnerstag spitzt sich die Lage wieder zu. In brütender Hitze schieben sich die Menschenmassen hin und her, es wird gedrängelt und geschubst – alle wollen als Erste in die Halle, um von der Regierung preisregulierte Produkte wie Maismehl, Nudeln, Öl oder Reis zu ergattern. Die zwei anwesenden Polizisten wirken völlig hilflos. Schnell wird Alarm geschlagen, mehrere Kooperativistas eilen hinaus und bilden einen menschlichen Kordon, um die Schlange geordneter passieren zu lassen. Langsam löst sich die Spannung. Von den preisregulierten Produkten kann nur begrenzt eingekauft werden, um den Weiterverkauf auf dem nicht offiziellen Markt nicht zu fördern. Und auch, weil nur sehr begrenzte Mengen zur Verfügung stehen, die laut Konsens der Kooperativistas so gerecht wie nur eben möglich an alle – die Kooperativistas selbst mit eingeschlossen – verkauft werden.

Trotzdem werden direkt vor dem Markt auf der Straße viele dieser Produkte für das fünf- oder zehnfache des Preises verkauft. Die subventionierten Lebensmittel, zu denen auch die an die Bevölkerung billig verteilten Lebensmittelkisten (CLAP) gehören, sollen die Menschen mit preiswerten Produkten versorgen. Doch hinter diesem System stehen oft auch mafiöse Strukturen. Es ist ein System, das mit dem Staat und insbesondere dem Militär eng verwoben ist. Lebensmittel konnten von Privatunternehmen oder auch dem Militär mit dem Vorzugsdollar zu einem Umtauschkurs von 1:10 (10 Bolivares für einen US-Dollar) importiert werden. Diese Regelung wurde nun am 30. Januar 2018 abgeschafft.

Gesundheitszentrum und Beerdigungsinstitut

In Barquisimeto besuchten wir auch das Gesundheitszentrum CICS, eine Art Poliklinik und das Beerdigungsinstitut von Cecosesola. Das Gesundheitszentrum wurde mit eigenen Mitteln finanziert, von mehr als 6.000 Familien, die Mitglieder bei Cecosesola sind und regelmäßige Beiträge zahlen. Besonders interessant ist auch der ganzheitliche Ansatz: Das heißt, dass Erholung, Gesundheitserziehung (Bildung), Vorbeugung, Heilung und Rehabilitation einen gleichberechtigten Stellenwert besitzen. So gibt es neben Bereichen der klassischen Medizin auch Behandlungsmethoden der alternativen Medizin wie Akupunktur und eine Reihe von weiteren Alternativtherapien. Man vertritt die Auffassung, dass die hauptsächlichen Ursachen von Krankheit und Sterben in unseren gegenwärtigen Lebensstilen und der Art und Weise liegt, wie unter kapitalistischen Bedingungen gelebt wird. Die kapitalistischen Strukturen würden aus der Gesundheit eine Ware machen, und die Entfremdung vom körpereigenen Gesundungs-und Heilungspotenzial nehme zu.

Wöchentlich finden etliche Treffen statt, an denen auch die ÄrztInnen teilnehmen. Gemeinsam werden alle Belange diskutiert – und natürlich wirkt sich die schwierige wirtschaftliche Situation auch auf das Gesundheitswesen aus. Es herrscht ein Mangel an Antibiotika, Anästhesiestoffen und sogar Nahtmaterialien. Die sicherste Methode Medikamente ins Land zu bringen, ist zurzeit, sie privat im Koffer zu transportieren.

Im kollektiv geführten Beerdigungsinstitut herrscht manchmal Galgenhumor, denn, so Felipe, »Krise hin oder her – Sterben werden wir alle – früher oder später«. Der Service wird allen angeboten, aber Tausende Mitglieder zahlen kleine wöchentliche Beiträge, und wenn sie oder Familienmitglieder sterben, gibt es die Beerdigung gratis. Ansonsten kostete bei unserer Visite im November 2017 eine Bestattung an die 1,5 Millionen Bolivares.

Holz ist zu teuer, die Särge werden inzwischen aus einem sehr leichten, aluminiumähnlichen Material gefertigt. Auch wird die Feuerbestattung über eine andere Firma mit angeboten. Eigene Krematorien besitzen sie nicht, aber es gibt Überlegungen, welche zu kaufen, denn diese Bestattungsart ist kostengünstiger.

Unabhängig und doch abhängig

Gerade das Beispiel von Cecosesola zeigt, dass die Selbstverwaltung, die eigenständige Organisierung, das kollektive Arbeiten und Wirtschaften, die horizontalen Entscheidungsstrukturen einen möglichen Weg weisen, das Leben selbst in die Hände zu nehmen und ein anderes Gesellschaftsmodell zu entwickeln – unabhängig vom paternalistischen Staat.

Allerdings sind sich die Kooperativistas auch einig darin, dass sie nicht außerhalb des kapitalistischen Systems und der staatlich gelenkten Preis- und Währungspolitik agieren können. Auch sie sind abhängig von den Preisen des Marktes, wenn sie Nahrungsmittel erwerben, die sie auf dem Markt weiterverkaufen, wenn sie Medikamente brauchen oder Material für Särge kaufen und vieles mehr. Sie sind abhängig von der Inflation, dem Tauschwert ihrer angebotenen Produkte und Dienstleistungen und ebenfalls von der reellen Kaufkraft und von importierten Produkten. Dennoch erscheint Cecosesola als eines der wenigen positiven Beispiele, durch ihre Selbstorganisierung der umgreifenden Resignation und der Hoffnungslosigkeit entgegenzusetzen.

Adelante ...

Der Artikel entstand nach einer Reise im Oktober und November 2017.
Alle Namen in dem Artikel sind geändert.

▲ Die Kooperative 8. März produziert Nudeln für die Wochenmärkte von Cecosesola Foto: Azozomox

ANZEIGE

SOLIDARITÄTSREISE NACH GRIECHENLAND HERBST 2017

Das beste Hotel Europas – City Plaza

Im City Plaza, dem »besten Hotel in Europa« tobten letztes Jahr überall Kinder herum, so dass ich fast Angst haben musste, umgerannt zu werden. Eine Betreuerin sagte uns, dass es sehr schwierig war, die Kinder irgendwie zu organisieren. Jetzt ist es ganz ruhig, denn die Kinder gehen zur Schule oder sind in ihren Zimmern. Achim Rollhäuser zeigt die Gemeinschaftsräume, den Speisesaal, die Küche und das Café. Neu ist ein kleiner liebevoll eingerichteter Raum für die Kinder.

ANGELA MÜLLER, HAMBURG

▲ Feier im City Plaza anlässlich ihres sechs monatigen Bestehens Foto: Giovanni Lo Curto

Seit 2016 die Grenze zu Makedonien dicht gemacht wurde und das EU-Türkei-Abkommen beschlossen war, können alle Flüchtlinge, die aus der Türkei kommen zurückgeschickt werden und die Asylanträge können abschlägig beschieden werden. Im September 2015 gründete sich eine Solidaritätsinitiative für ökonomische und politische Flüchtlinge. Die Initiative bestand aus vier Gruppen, drei linken Gruppen und einer anarchosyndikalistischen Gruppe (in Griechenland gelten die Anarchisten nicht als links!). Beteiligt sind außer den Anarchisten das Netzwerk für politische und soziale Rechte, die Gruppe »linke Erneuerung« und die frühere Syriza-Jugend. Ihr Motto war: »Wir dürfen nicht nur reden, wir müssen auch praktische Solidarität leisten.«

Praktische Solidarität

Die Flüchtlinge auf dem Viktoriaplatz in Athen und einem Lager an der Südspitze von Attika wurden unterstützt. Dann schaute sich die Initiative nach Räumen für die Flüchtlinge um. Das leer stehende Hotel »City Plaza« wurde gefunden und am 22. April 2016 besetzt. Der Pächter hatte das Hotel an die Wand gefahren, blieb den Angestellten die Löhne schuldig, zahlte die Pacht an die Eigentümerin nicht und machte sich aus dem Staub. Die Eigentümerin konnte danach das Hotel weder verpachten noch verkaufen, weil es einen Rechtsstreit mit den früheren Beschäftigten gab. Der Rechtsstreit konnte nicht gelöst werden, weil die Eigentümerin die Löhne nicht zahlen wollte.

Das Hotel City Plaza hat 120 Zimmer, es reicht für 400 Flüchtlinge. Die Leute aus der Solidaritätsbewegung wohnen hier auch. Im Augenblick gibt es 330 Flüchtlinge und 30 Menschen aus der Solidarität aus verschiedenen europäischen Ländern. Es sollte ein politisches Projekt werden, ein Projekt der solidarischen Kollektivität: Wir leben zusammen, wir arbeiten zusammen, wir kämpfen zusammen.

Kurz nach der Besetzung

Zwei Wochen nach der Besetzung war das Haus voll. Es wurden besonders Schutzbedürftige aufgenommen wie Familien mit kleinen Kindern, Familien mit schwangeren Frauen, alleinstehende Frauen mit Kindern und unbegleitete Jugendliche. Mit der Zeit orientierte sich die Zusammensetzung der Flüchtlinge mehr am Querschnitt der Flüchtlingspopulation. Von den ersten Flüchtlingen sind noch etwa 30 Prozent da, circa 1.500 Leute wanderten weiter, viele kamen über die Familienzusammenführung weiter, einige wenige Syrer über das Relocationsprogramm des UNHCR. Die meisten hatten Fluchthelfer. Manche verließen das Haus und kehrten nach einiger Zeit zurück. So gab es zwei Jugendliche, die vier Monate erfolglos unterwegs gewesen waren. Es gibt eine sehr lange Warteliste mit 1.500 Familien. Alle freien Zimmer werden immer wieder besetzt. Wie die Leute auf die Zimmer verteilt werden, bestimmt die Initiative. Es hat sich bewährt, dass verschiedene Nationalitäten und Ethnien auf einem Stockwerk bunt durcheinander gemischt werden. Am Anfang gab es fünf Nationalitäten, jetzt sind es 14. Bei der Belegung der Zimmer können die Flüchtlinge nicht mitentscheiden, weil es ihnen selbst schaden würde. In anderen besetzten Häusern (Squats) gab es deshalb Streit oder die Flüchtlinge wurden von Freunden und Familienangehörigen unter Druck gesetzt, die auch ins Hotel wollten.

Als City Plaza eröffnet wurde, waren die Flüchtlingslager in Griechenland in einem ganz katastrophalen Zustand. Inzwischen sind die Lager um Athen sehr viel besser durch den Einsatz von EU-Geldern. Überall gibt es Container mit einer gewissen Privatsphäre, nur wenige Zelte. Am Anfang waren in einem Zelt teilweise 100 Leute. Das Essen wurde überprüft und verbessert. Es bildet sich eine Art Lagerstruktur heraus ähnlich wie in den palästinensischen Lagern im Libanon und in Jordanien. Da entstehen Nachbarschaften, man passt gegenseitig auf die Kinder auf, macht Besorgungen für die Nachbarn. Im Lager gibt es 80 Euro Taschengeld im Monat, im City Plaza gibt es das nicht. So ging der Andrang auf City Plaza zurück.

Insgesamt gibt es zehn Squats in Athen, in denen 1.500 bis 2.000 Leute leben. Zwei davon wurden im Frühjahr geräumt. Die Squats arbeiten zusammen. 2016 gab es einen Angriff auf das Squat in Exarchia, Erdgeschoss und erster Stock waren total ausgebrannt. Zehn Familien wurden in City Plaza vorübergehend aufgenommen, es gab Geld von City Plaza für die Wiederherstellung der Räume.

Bei City Plaza gibt es drei Grundregeln:

Die erste Regel lautet: Jeder Erwachsene muss mindestens fünf Stunden in der Woche arbeiten, das heißt in der Küche, beim Saubermachen der Gemeinschaftsräume, Müll raus tragen, Gemüse einkaufen zum Großmarkt gehen. Manche Flüchtlinge werden jedes Mal »krank«, wenn sie in der Küche eingesetzt werden. Dann gibt es Gespräche: »Ihr müsst Euch an die Regeln halten oder gehen.« Die meisten akzeptieren das.

Die zweite Regel lautet: kein Alkohol, keine Drogen im Haus. Die Leute halten sich daran.

Die dritte Regel heißt: keine Gewalt. Das gilt vor allem für häusliche Gewalt. Es waren Eingriffe nötig, weil Männer ihre Frauen und Kinder geschlagen hatten.

Es gibt eine Verwarnung, bei wiederholter Gewalt fliegen die Männer raus, die Familien dürfen bleiben. Achim meint, die Regeln müssen durchgesetzt werden, sonst gibt es chaotische Verhältnisse.

Mitbestimmung

Die Flüchtlinge sind durch die Vollversammlung an allen wichtigen Fragen beteiligt, am Anfang gab es sie wöchentlich, jetzt alle drei Wochen. Die anarchistische Gruppe zog sich nach drei Monaten heraus. Für sie gab es zu wenig Druck auf die Flüchtlinge, an Veranstaltungen und Demos teilzunehmen. Die anderen Gruppen respektieren, dass in den arabischen Ländern das Prinzip der kollektiven Solidarität nicht so bekannt ist wie bei uns. Jede Familie lebt mehr für sich. Die City-Plaza-Aktiven sagen: »Wir versuchen, den Leuten ein Beispiel zu sein.« Statt Druck gibt es Überzeugungsarbeit.

So bringen sich einige Flüchtlinge aktiv mit ein, die meisten aber nicht. Leider sind die, die sich einbringen, auch die Fittesten und können leichter weggehen. Das ist jedes Mal ein Verlust. Die meisten Flüchtlinge sind an dem politischen Projekt nicht wirklich interessiert. Für sie ist City Plaza ein angenehmer Ort, an dem sie alles geboten kriegen: zwei warme Mahlzeiten, Gesundheitsversorgung, eine Apotheke und Ärzte von »Ärzte ohne Grenzen«. Alle Flüchtlinge haben das Recht auf Erstversorgung im Krankenhaus. Es gibt feste Vereinbarungen mit zwei Krankenhäusern und den Schulen in der Umgebung. Die Kinder gehen nicht alle zur Schule, weil die Eltern sagen, wir wandern eh weiter.

Security-Schichten sind 24 Stunden lang nötig, denn 300 Meter weiter hat die faschistische Partei Chrisi Avghi (Goldene Morgenröte) eine ihrer Hochburgen. Daran sind die Flüchtlinge nicht beteiligt.

Die Eigentümerin hatte von Anfang an Strafanzeige gegen die Initiative gestellt. Die Anzeige ging an den Minister für öffentliche Ordnung und den Polizeipräsidenten. Nichts passierte. Danach reichte sie Zivilklage ein mit dem Ergebnis, dass im Juni ein Polizeiminister erschien. Dieser sagte, bis zum Herbst sollten alle Squats in privaten Räumen geräumt werden. Die Räumung fand aber bis jetzt nicht statt. Achim meint, das liege daran, dass die Unterbringung von 2.000 zusätzlichen Flüchtlingen mit Ärger und Aufwand verbunden sei, zudem bezahle die EU nicht alles. Die Schließung von Squats wird seiner Meinung nach unter tagespolitischen Gesichtspunkten entschieden.

Neue Situation

Die NGOs sind von den Inseln vertrieben und die Lager sind dem griechischen Militär unterstellt worden. Letzte Woche entschied das höchste griechische Gericht, dass die Türkei ein sicheres Drittland sei. Somit können alle Flüchtlinge von den Inseln zurückgeschoben werden. Einigen gibt die griechische Regierung die Möglichkeit von den Inseln wegzukommen, manche sitzen vier Monate fest. Nach welchen Kriterien das geht, ist nicht klar.

Wir hörten auch von dem Verdacht, City Plaza werde von Syriza unterstützt. Laut Achim stimmt auch das nicht, denn Achims Gruppe ist nach dem Umfallen Syrizas in die totale Opposition zur Regierung gegangen. City Plaza wird durch Spenden finanziert, nimmt aber keine Gelder vom Staat oder von NGOs an. Am Anfang gab es eine sehr große Spendenbereitschaft, die nach zwei bis drei Monaten nachließ. Die meisten Gelder kommen aus Deutschland. Medico International stellte ein Konto zur Verfügung. Die monatlichen Kosten belaufen sich auf sechs- bis achttausend, im Winter auf zehntausend Euro. Das durch die Spenden eingenommene Geld ist bald verbraucht. Es gibt einen Song von Manu Chao auf Youtube zu hören. Jeder Click bringt etwas Geld ein.

Dadurch, dass dass die Strukturen in den Lagern deutlich verbessert wurden, ist City Plaza als Unterbringung nicht mehr so wichtig, aber das politische Projekt ist nach wie vor bedeutsam. Leider sind viele nach eineinhalb Jahren ausgebrannt und würden gern abgelöst.

Offensichtlich hat die Eigentümerin es geschafft auch bei einigen Linken Stimmung gegen City Plaza zu machen, wie wir in Gesprächen hörten. Sie verbreitete, sie hätte eine Wasserrechnung von 80.000 Euro bekommen und sei total verarmt. Achim sagt, das stimme nicht, denn mit ihrer Strafanzeige sei sie raus aus der Haftung. City Plaza bezahlt weder Wasser noch Strom, weil die Rechnungen auf der Grundlage eines privaten Hauses erstellt wurden und ein dementsprechendes Angebot eingefordert wurde, aber nicht kam. City Plaza hat ein dreiseitiges Papier verfasst, in dem die Lügen der Besitzerin widerlegt wurden, seitdem gibt es Ruhe

Link: www.manuchao.net/news/city-plaza-beautiful-garden-hope

ANZEIGE

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit **24 Seiten** Berichten und Analysen zum **alltäglichen kapitalistischen Irrsinn** und den Perspektiven linker Opposition

In der Ausgabe März 2018 u. a.:

■ **Schwerpunkt: 8. März**
– Das erstaunliche Revival eines historischen Datums
– Von den Anfängen bis heute
– Der Frauenstreik in den USA
– Frauenkämpfe in der russischen Revolution

■ **GroKo**
– Ergebnisse & Schlussfolgerungen

■ **Im Gespräch**
– Moshé Machover über die Antisemitismuskeule

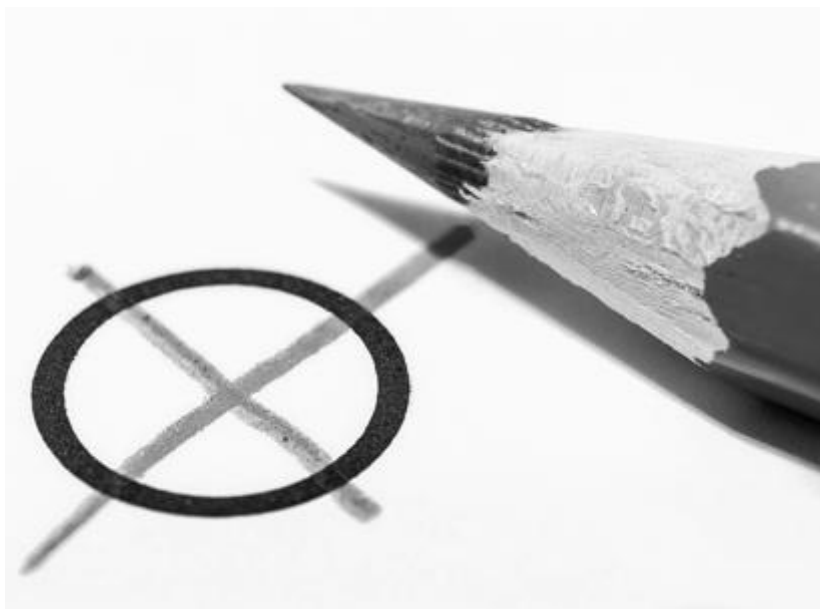
■ **Marx zum 200.**
– Eine Kritik an seiner heutigen Rezeption
– Neues Quellenmaterial über das Verhältnis von Natur und Kapital

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag
Regentenstr. 57-59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96
redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

TAGUNGSBERICHT: ZWISCHEN POSTDEMOKRATIE UND SOLIDARITÄT

Unternehmensmitbestimmung in Genossenschaften



▲ **Betriebliche Mitbestimmung ist mehr, als nur ein Kreuz machen. Deshalb ist es auch in Genossenschaften wichtig sich damit auseinanderzusetzen.** Foto: Dennis Skley (cc-by-sa-2.0)

Genossenschaften verfolgen im Kern einen wirtschaftsdemokratischen Ansatz, der darin besteht, die Wirtschaft solidarisch zu gestalten und dabei die Mitglieder zu beteiligen. Setzen sie aber auch Ansprüche der Unternehmensmitbestimmung um? Hintergrund der Veranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung zu der Thematik sind die Ergebnisse einer explorativen Studie von Herbert Klemisch und Moritz Boddenberg vom Wissenschaftsladen Bonn. Ziel der Untersuchung: Das Verhältnis von Unternehmensmitbestimmung, genossenschaftlicher Demokratie und Solidarität zu bestimmen. In Fallstudien wurden sechs von neun Genossenschaften betrachtet, die unter das Mitbestimmungsgesetz M76 fallen.

HERBERT KLEMISCH,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Das Fazit der Studie »Unternehmensmitbestimmung in Genossenschaften«, die aktuell in der Reihe MB-Studies bei der Hans-Böckler-Stiftung erschienen ist, lautet: In den untersuchten großen Genossenschaften sind die Möglichkeiten, Einfluss auf die Ausrichtung des Unternehmens zu nehmen eher gering, obwohl formal jedes Mitglied ein Mandat in der Vertreterversammlung erlangen kann. Lobbygruppen bekommen beim Zugang zu diesem Mandat Priorität. Das heißt die Wahlchancen sind nicht für alle Mitglieder gleich. Das kann als postdemokratische Tendenz verortet werden, ebenso wie zahlreiche Interessenkonflikte und Machtasymmetrien zwischen Mitgliedern und Beschäftigten.

Erfahrungen aus der Apothekerbank

Die Umsetzung der Prinzipien von Demokratie und Solidarität steht in den großen mitbestimmten Genossenschaften vor der Herausforderung, den Interessenkonflikt zwischen Mitgliedern und Beschäftigten auszubalancieren. Die Beschäftigten haben gegenüber den Mitgliedern der Genossenschaft eine schwächere Position, solange sie nicht Mitglied der Genossenschaft werden können. Dies ist zum Beispiel bei den Apothekergenossenschaften Sanacorp und Noweda der Fall, da die Beschäftigten keine Apotheker sind. Gleiches gilt für DATEV oder Deutsches Milchkontor GmbH. Wird das Förderprinzip konsequent verfolgt, kann dies im Widerspruch zur solidarischen Ausgestaltung der Genossenschaft stehen.

Wolfgang Häck, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Deutschen Ärzte- und Apothekerbank berichtete von der Krise der Apobank. Sie war in der Zeit der Bankenkrise auch auf dem Weg zu einer Bad Bank. Durch die Rückbesinnung auf den genossenschaftlichen Förderauftrag konnte das Vertrauen der Kunden zurückgewonnen werden. Hierzu wurden neben der Benennung eines neuen Vorstands auch harte Schnitte im Management eingeleitet. Häck berichtete, dass die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wichtige Akteure dieser Neuorientierung waren. Deshalb wurde mittlerweile der Vorstand vom Aufsichtsrat nicht nur auf gute Praktiken der Unternehmensführung verpflichtet, sondern auch ein verbindlicher Zielkatalog für die Arbeit des Vorstands zur Stärkung von Belegschaftsinteressen festgelegt.

Mitbestimmung als Korrektiv

Herbert Grimberg (NGG) arbeitete in seinem Vortrag die wichtige Rolle von Gewerkschaftsvertretern im Aufsichtsrat von genossenschaftlichen Unternehmen heraus. Sie können ein Korrektiv zu einer rein betrieblichen Sicht der Arbeitnehmer sein und gesellschaftliche Themen in die Aufsichtsratsarbeit einbringen. Dies schildert Grimberg am Beispiel der DMK, eines der größten deutschen Molkereiunternehmen, entstanden durch die Fusion der beiden Genossenschaften Human Milchunion und Nordmilch. Gewerkschaften und Betriebsräte übernehmen dort zugunsten der Beschäftigten ein Gegengewicht gegenüber den Interessen der Milchbauern als Träger der Genossenschaft.

Henning Gulden, Mitglied der Geschäftsführung von DATEV, Deutschlands größter Genossenschaft für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, stellte die Vorzüge einer mitbestimmten Genossenschaft aus Arbeitgebersicht dar. Die konsequente Umsetzung der Wesensmerkmale einer Genossenschaft ermöglicht DATEV ein nachhaltiges und konsequent auf die Förderung ihrer Mitglieder ausgelegtes Wirtschaften, so Henning Gulden. Da die Eigentümer auch die Leistungsabnehmer sind, wird besser als in anderen Unternehmensformen dafür gesorgt, dass die Anforderungen der Kunden Eingang in die Produktpolitik finden.

Mitarbeitergenossenschaften als Chance

Wilfried Hollmann, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Noweda eG, stellte die Apothekergenossenschaft vor und erläuterte das dort praktizierte Modell der Mitarbeitergenossenschaft zur Beteiligung der Beschäftigten am Erfolg der Noweda. Mittlerweile sind 1.100 der 1.900 Beschäftigten Mitglied. Hintergrund für deren Gründung: Die Beschäftigten der Noweda können, da sie keine Apotheker sind, nicht direkt Mitglied der Genossenschaft werden. Ihnen bleibt somit der unmittelbare Zugang zur genossenschaftlichen Demokratie versperrt. Das Modell der Mitarbeitergenossenschaft wird allerdings von der bundesdeutschen Gesetzgebung steuerlich zu Lasten der Mitarbeiter benachteiligt.

Walter Vogt, IG Metall, stellvertretender Vorsitzender des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, kommentierte die Studie von Klemisch und Boddenberg sowie das Modell der Belegschaftsgenossenschaften. Er stellte erste Überlegungen vor, wie das Modell für eine Betriebliche Altersversorgung genutzt werden könne. Vogt plädierte für die Wiederbelebung und Fortführung des Genossenschaftsthemas in der Arbeit von Gewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung. Dies kann geschehen durch die Entwicklung von Lösungsstrategien zu Unternehmensnachfolge und Unternehmenskrisen durch Beschäftigtenbeteiligung in Form von Genossenschaften.

BUCHBESPRECHUNG

Die Genossenschaft – eine Einführung

Demokratische Unternehmen sind, wenn die übliche Verkürzung auf die Rechtsform vermieden wird, grundsätzlich Genossenschaften. Begründet liegt dies in der organisationstheoretischen Definition, die »ein Mensch, eine Stimme« als eines der wesentlichen Merkmale beinhaltet. Literatur über Genossenschaften liegt in vielen Varianten vor. In den meisten Fällen werden aber spezifische Genossenschaftsansätze oder besondere Themen behandelt. Die Veröffentlichung »Unsere Genossenschaft« von Werner Grosskopf, Hans-H. Münkner und Günther Ringle stellt hier eine Besonderheit dar. Sie ist - verständlich und übersichtlich geschrieben - gegenwärtig die einzige deutschsprachige grundlegende Einführung in das Thema Genossenschaft.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Autoren sind drei Genossenschaftsfachleute. Ihre Ausführungen erläutern, wie eine Genossenschaft funktioniert und was jedes Mitglied und jeder Mitarbeiter genossenschaftlicher Unternehmen dazu wissen sollte. Sie betonen, dass die meisten Genossenschaften auf das Vertrauen ihrer Mitglieder in die von ihnen selbst gewählten Führungspersonen bauen und auf die Leistungsfähigkeit des Systems. Dazu gehört, im Verbund mit anderen Genossenschaftsunternehmen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene die Vorteile der Nähe zu ihren Mitgliedern mit denen des Großbetriebs zu kombinieren. Begründet wird die Aktualität der Genossenschaft mit den schnellen Veränderungen in Zeiten der Globalisierung.

Das Thema Produktivgenossenschaft, also Genossenschaften, in denen die Beschäftigten die Eigentümer sind und umgekehrt, wird nur als Randnotiz angesprochen. Dieser Genossenschaftsansatz müsste bei einer stärkeren Ausrichtung auf das Thema »demokratisches Unternehmen« mehr in den Mittelpunkt rücken. Die Autoren sehen davon ab, weil nur wenige Unternehmen in Hand der Mitarbeiter in Deutschland auf die Rechtsform eG zurückgreifen. Unternehmen wie die IT- und Beratungsgenossenschaft oose eG in Hamburg, die Jacom Systemhaus eG in Heidelberg oder die Planergemeinschaft Kohlbrenner eG in Berlin gehören hier eindeutig zu den »Exoten«.

Fundiert und klar strukturiert

Schwerpunkte der Veröffentlichung sind typische genossenschaftsspezifische Themen wie der historische Hintergrund, die Kooperation selbständiger Einzelwirtschaften als Konzept, Mitgliedschaft und Förderauftrag als Besonderheit, Anteilszeichnung als Eigenkapital und Form der Selbstfinanzierung, Strukturen und Aufgaben der Genossenschaftsverbände und anderes mehr. Ebenfalls wird auf die hier besonders interessierenden Aspekte »Werteorientierung als ein Erfolgsfaktor« sowie »Entscheidungen, Leitung und Kontrolle« eingegangen.

Festzuhalten bleibt: Wer sich mit dem Thema »demokratisches Unternehmen« auseinandersetzt, sollte sich auf jeden Fall mit Genossenschaften und dem dahinterstehenden 150-jährigen Erfahrungsschatz beschäftigen. Wer dafür Grundlagen und eine Einführung benötigt, sollte in jedem Fall mit der fachlich fundierten und gut strukturierten Veröffentlichung »Unsere Genossenschaft« einsteigen.

Werner Grosskopf, Hans-H. Münkner, Günther Ringle: Unsere Genossenschaft. Idee - Auftrag - Leistungen, Wiesbaden (Deutscher Genossenschafts-Verlag eG) 3. überarbeitete Aufl. 2017, 268 Seiten, 26,80 Euro, ISBN 978-3-87151-192-9.

BUCHBESPRECHUNG

Organisationsentwicklung für Genossenschaften

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Titel und Ankündigung der Veröffentlichung von Andreas Salcher, die Organisationsentwicklung und –beratung für Genossenschaften suggerieren, sind vielversprechend. Genossenschaften befinden sich, so Andreas Salcher, in einer Identitätskrise, weil ihr Profil und ihre ursprünglichen Werte zu sehr in den Hintergrund treten. Der Autor will deshalb die Chancen durch Organisationsentwicklung und –beratung als Weg aus der Identitätskrise und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Genossenschaften aufzeigen.

Salcher, seit 2006 bei der Raiffeisenbankengruppe in der Schweiz in verschiedenen Funktionen und Rollen tätig, beschreibt zum Einstieg die unterschiedlichen Genossenschaftsstukturen und rechtlichen Anforderungen in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Er bleibt auf der Ebene der Beschreibungen stehen. Das Lay-Out ist unprofessionell und die verwendeten empirischen Daten entsprechen nicht dem aktuellen Stand. Genossenschaften mit ihrem förderwirtschaftlichen Ansatz werden zwar charakterisiert, aber die inhaltlichen Ausführungen sind eine Aneinanderreihung von Aussagen, die keine neuen Erkenntnisse zum Thema Genossenschaften und noch weniger konkrete Ansätze zu deren Organisationsentwicklung vermitteln. Die Veröffentlichung ist nicht empfehlenswert.

Andreas Salcher: Zukunftsfähigkeit von Genossenschaften. Bedeutung von Organisationsentwicklung und -beratung zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit, Saarbrücken (AV Akademikerverlag) 2017, 136 Seiten, 55,90 Euro, ISBN 978-3-330-51259-7.

ÜBER DEN TELLERRAND/RECHTSTICKER

GRUNDSICHERUNG BEI ERWERBSMINDERUNG UND IM ALTER? WAS TUN?

Was, wenn arme Leute sich wehren?

Der Berliner Verein Teilhabe e.V. will Grundsicherungsbezieher*innen informieren und organisieren. Teilhabe e.V. ist ein Verein, der während der Antihartz-Proteste entstanden ist. Dieser widmet ein Veranstaltungswochenende dem Thema Armut und Grundsicherung

ANNE SEECK, REDAKTION BERLIN

Das Thema Armut ist mit Scham besetzt, denn die Selbstverschuldungsthese wirkt in neoliberalen Zeiten bestens. Eine Frau wird im Sozialamt sanktioniert und ruft bei einer Antidiskriminierungsstelle an. Nach § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG, auch »Antidiskriminierungsgesetz« genannt) ist das Ziel, »Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen«. Da demzufolge Diskriminierungen wegen der sozialen Herkunft oder des sozialen Status unberücksichtigt bleiben, also Klassismus offiziell nicht als Diskriminierungsgrund gilt, beruft sich die Frau auf ihre Erkrankung beziehungsweise Behinderung. Die telefonische Auskunft der Antidiskriminierungsstelle lautet: »Bei Sanktionen sind die Betroffenen gewöhnlich selbst schuld. « Aber nicht nur staatliche Institutionen, Politik, Medien und Öffentlichkeit weisen der Armutsbevölkerung die Schuld für ihre Notlage zu, mit dem neoliberalen Geist sind die Schuldgefühle und die Scham vielmehr in das Bewusstsein vieler Betroffener selbst eingesickert. Häufig versuchen sie eine Normalitätsfassade aufrechtzuerhalten, indem zum Beispiel trotz Arbeitslosigkeit die Existenz eines Arbeitsplatzes vorgetäuscht wird. Denn die Vorurteile sitzen fest.

Die Zahl der Grundsicherungsbezieher*innen wächst

Bundesweit gab es 2016 eine Steigerung bei den Sozialhilfeleistungen um 4,5 Prozent, bei der Grundsicherung »Grusi« um 2,4 Prozent. Wenn die »Babyboomer« (etwa von 1956 bis 1965 Geborene) in Rente gehen, wird die Altersarmut enorm anwachsen. Es gibt HartzIV-beziehende, die dem Regime des Jobcenters entkommen wollen und sich ein ruhigeres Leben in der Rente erhoffen. Sie stellen freiwillig Rentenanträge. Da aber meistens die Erwerbsminderungsrente so niedrig ist, dass sie zusätzlich Grundsicherung beziehen müssen, entflieht man nicht wirklich dem staatlichen Regime, das die Armutsbevölkerung oft schikanös behandelt. Da die Sachbearbeiter*innen im Sozialamt seltener wechseln, ist man dauerhaft deren Willkür ausgesetzt. Es handelt sich um eine existenzielle Abhängigkeit und Diskriminierungen ereignen sich abhängig von den Akteuren in den Sozialämtern sehr verschieden.

Das größte Problem: Verfestigte Armut

Mit der Grundsicherung in der Erwerbsminderung und im Alter wird die Armut bis zum Lebensende verfestigt, wenn auf keine Unterstützung durch Angehörige und Freunde zurückgegriffen werden kann. Durch Erwerbsarbeit, also auf legale Weise, die eigene Einkommenssituation zu verbessern, wird verunmöglicht. Der Freibetrag von 100 Euro Einkommen wurde 2012/13 gestrichen. Der Freibetrag, den man jetzt behalten kann, beträgt 30 Prozent des Bruttoeinkommens, höchstens jedoch 50 Prozent des Regelsatzes oder zurzeit 208 Euro. So können Grundsicherungsbeziehende eine Ehrenamtspauschale von 200 Euro behalten. Die Höchstgrenze wurde Ende 2006 von der rot-schwarzen Bundesregierung eingeführt, um den »Missbrauch der leistungsgeminderten Erwerbsunfähigen« zu begrenzen. »Erwerbsgeminderte, die heute trotz gesundheitlicher Einschränkungen noch Leistung erbringen, werden von der ›Leistungsgesellschaft‹ abgestraft«, schreiben Frank Jäger und Harald Thome im Anführungszeichen. Es gibt also auf legalem Wege kein Entrinnen aus der Armut. Es darf dauerhaft kein Geld hinzukommen – dafür sorgt der 70-prozentige Abzug vom Einkommen. Seit dem 1. Januar 2018 beträgt der Regelsatz für einen Alleinstehenden 416 Euro. Von diesem Geld müssen Mobilität, Telefon, Strom und Lebensmittel bezahlt werden. Daneben sind Ansparungen nötig, falls etwas kaputt geht – das Fahrrad, der Computer, die Waschmaschine oder der Kühlschrank existenzielle Ängste sind die Folge. Das größte Bedrohungsgefühl allerdings erzeugt in Zeiten der Gentrifizierung der mögliche Verlust der Wohnung.

In Berlin tut sich was

Am Freitag, den 27. April 2018 um 19 Uhr, stellt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, sein Buch »Kein Wohlstand für alle?« im Haus der Demokratie und Menschenrechte in der Greifswalder Straße 4 vor. Am gleichen Ort folgt am Samstag, 28. April 2018 um 13 Uhr, eine Infoveranstaltung zur »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung« sowie zur »Hilfe zum Lebensunterhalt« mit Henrike Weber vom Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e.V. Die Referentin informiert über rechtliche Details und gibt Tipps. Um 15 Uhr steht dann die Frage der Solidarisierung und des Widerstandes der Betroffenen im Mittelpunkt.

▲ **Altersarmut nimmt weiter zu. Viele RentnerInnen und nicht voll erwerbsfähige Menschen müssen etwas dazu verdienen.** Foto: Dierk Schaefer (flickr.com/cc-by-nd-2.0/orig. in Farbe)

Am 4. und 5. Mai 2018 wird die Reihe fortgesetzt. Veranstalter ist die »Solidarische Aktion Neukölln«. Am Freitag, 4. Mai 2018 um 19 Uhr, stellt Harald Rein, Sozialwissenschaftler und Berater im Frankfurter Arbeitslosenzentrum, sein Buch »Wenn arme Leute sich nicht mehr fügen…!« vor. Am Samstag, 5. Mai 2018 findet dann ein Workshop zur »Grundsicherung für Erwerbsgeminderte und im Alter« im ORI, Friedelstraße 8, statt. Harald Rein steht für rechtliche und Organisierungsfragen zur Verfügung.

Ein Arbeitskreis für Rentner*innen mit geringem Einkommen bei Verdi Berlin gründet sich gerade. Angesprochen sind Rentner*innen mit geringem Einkommen und Zuverdienst (zum Beispiel Minijob), Rentner*innen mit niedrigen Renten und Wohngeld oder Grundsicherung im Alter sowie Bezieher*innen von Erwerbsminderungsrente und/oder Grundsicherung.

Infos und Fragen bitte an: anne.snk44@yahoo.de

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Wichtiges Urteil für Langzeit-Psychiatrie-Inhaftierte

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat am 13.4.2017 festgelegt, dass die gesetzlichen Stufen von sechs oder zehn Jahren Haftdauer fortan zu erheblich verschärften Anforderungen führen, um eine Inhaftierung fortsetzen zu können. Das könnte für viele Freiheit nach jahrelanger Qual bedeuten. Auszüge aus dem Beschluss (Az. 3 Ws 66/17, Quelle: www.lareda.hessenrecht.hessen.de/lexsoft/default/hessenrecht_lareda.html#docid:7886477): »Nach der am 1. August 2016 in Kraft getretenen Neufassung von § 67d Abs. 6 Satz 2 und Satz 3 StGB gelten nach sechs bzw. zehn Jahren vollzogener Unterbringung erhöhte Anforderungen. Die Vorschrift ist die zentrale Regelung für die Stärkung des Verhältnismäßigkeitsprinzips im Rahmen der Vollstreckung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (BT-Drs. 18/7244 S. 30). Die erste Stufe von sechs Jahren hat der Gesetzgeber anhand der durchschnittlichen Unterbringungsdauer gewählt. Diese Schwelle soll dazu beitragen, dass die Mehrzahl der Unterbringungen vor diesem Zeitpunkt beendet werden. Zugleich ist damit klargestellt, dass eine Verweildauer von mehr als sechs Jahren als überdurchschnittlich lang angesehen werden kann (BT-Drs. aaO S. 32).

Die Anforderungen für die Fortdauer der Unterbringung nach sechs Jahren Unterbringungsdauer hat der Gesetzgeber in zweierlei Hinsicht verschärft. Zum einen kann die Gefahr rein wirtschaftlicher Schäden eine über sechs Jahre hinaus gehende Unterbringung nicht mehr rechtfertigen. Zum anderen wurden die Anforderungen im Hinblick auf die Verletzung höchst persönlicher Rechtsgüter dahin angehoben, dass grundsätzlich nur noch die Gefahr von solchen Straftaten ausreicht, bei denen die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden oder in die Gefahr einer schweren körperlichen oder seelischen Schädigung gebracht werden. Bei schweren Brandstiftungsdelikten liegen diese Voraussetzungen vor (BT-Drs. aaO S. 34).

Nach zehn Jahren Unterbringungsdauer gelten noch höhere Anforderungen. Hier hat der Gesetzgeber bewusst denselben Maßstab gewählt, der nach zehn Jahren vollzogener Sicherungsverwahrung anzulegen ist (§ 67d Abs. 6 Satz 3 i.V.m. Abs. 3 Satz 1 StGB). Die Erledigung der Maßregel hängt danach nicht davon ab, ob dem Untergebrachten eine positive Prognose gestellt werden kann, sondern erfordert umgekehrt eine negative Prognose dahin, dass von ihm die Begehung rechtswidriger Taten zu erwarten ist, durch die die Opfer in die Gefahr einer schweren körperlichen oder seelischen Schädigung gebracht werden. Die bloße Gefahr der Begehung solcher Taten reicht nach zehn Jahren vollzogener Unterbringung nicht mehr aus (BT-Drs. aaO S. 35f.). Bei der Prüfung der Frage, welche rechtswidrigen Taten von dem Betroffenen drohen, ist eine umfassende Gesamtabwägung vorzunehmen. Art und Grad der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Taten sind konkret zu bestimmen, da die bloße Möglichkeit die weitere Maßregelvollstreckung nicht rechtfertigt. Zu erwägen sind insbesondere das frühere Verhalten des Untergebrachten und die bislang von ihm begangen Taten, sowie die seit Anordnung der Maßregel veränderten Umstände. Ferner sind die Wirkungen der im Falle der Erledigung eintretenden Führungsaufsicht (§ 67d Abs. 6 Satz 4 StGB) und der damit verbundenen Folgen, insbesondere der möglichen Weisungen in die Betrachtung einzubeziehen (BT-Drs. aaO S. 30).«

Schwarzfahrparagraph vor dem Aus?

Eine der meist verfolgten Straftaten könnte demnächst aus dem Strafgesetzbuch verschwinden: Die Beförderungserschleichung. Den Aufschlag machte vor einigen Monaten ein CDU-Justizminister (der aus NRW). Vor kurzem legte dann der Chef des Richterbundes nach (rbb am 4.1.2018): »Der Deutsche Richterbund hat sich dafür ausgesprochen, das Schwarzfahren als Tatbestand aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Dadurch könnten die Gerichte entlastet werden« , sagte der Vorsitzende des Richterbundes, Jens Gnisa, am Donnerstag im Inforadio des rbb: »Natürlich können sich die Verkehrsbetriebe besser gegen Schwarzfahren schützen. Sie tun es nicht, sparen Geld; dann soll es letztendlich der Staat mit seiner Strafjustiz richten.« Er halte das nicht für richtig, betonte Gnisa: »Die Berliner Justiz wird jährlich mit 40.000 Schwarzfahrten befasst, und gleichzeitig gibt es Personalknappheit. Die Dinge passen da nicht zusammen.«

Dass Menschen nicht mehr wegen allerlei Kleinstdelikten, die zudem vor allem die Ärmeren treffen, eingesperrt werden, war und ist ein Ziel der Aktionsschwarzfahrer*innen. Aber nicht das einzige. Am Ende wollen sie mit den Aktionen den Nulltarif, also das fahrscheinlose Verkehrssystem durchsetzen (www.schwarzstrafen.tk). Einen Höhepunkt gibt es demnächst wieder vor Gericht - nämlich endlich den Wiederholungstermin für den bislang spektakulärsten Prozess in Gießen! Wer zuschauen will: Do, 15.3. um 9 Uhr am Landgericht Gießen (Ostanlage 15, Raum 227). Am dann folgenden Wochenende wollen die Aktionsschwarzfahrer*innen zu einem Informations- und Aktionsplanungswochenende in die Projektwerkstatt Saasen einladen (siehe www.projektwerkstatt.de/termine).

Kreative Aktion gegen Polizeiwerbung

Wer rund um den Jahreswechsel durch die urbanen Betonwüsten Berlins lief, fand anstatt der Polizei-Werbeplakate der Kampagne »Da für Dich« leere Flächen mit einem kleinen Hinweiszettel. Auf denen war zu lesen: »Warnung: Hier wurde ein Polizei-Plakat entfernt.« Das Plakat erklärte auch warum: »Staatliche Gewalt kann Ihnen und Ihrer Gesundheit massiv schaden«. Zur weiteren Information war der Link www.g20-doku.org angegeben. Solch kreative Aktionen sollte es häufiger geben statt der ständigen Begleitfolklore des Unabwendbaren in Form von Phrasen auf Demos oder in Szeneblättchen. Längerer Bericht und Fotos auf https://de.indymedia.org/node/17031.

Kampagne gegen Haftstrafen für Kleinstdelikte

Schwarzfahren, Mini-Diebstähle, Beleidigungen, Hausfriedensbruch, die falschen Drogen konsumieren, Staatssymbole verunglimpfen, Vermummen oder passive Bewaffnung auf Demos – diese und viele andere Kleinstdelikte, die keinem Menschen Gewalt antun, führen vor allem bei allen, die kein Geld zur Begleichung von Tagessätzen haben, zu Gefängnisaufenthalten. Das kriminalisiert die Gesellschaft und führt vielfach zu erheblichen sozialen Folgen für die Betroffenen. Aktivistis aus dem Umfeld der Projektwerkstatt rufen daher zu einer gemeinsamen Kampagne auf, Inhaftierungen für solche Delikte grundsätzlich auszuschließen. Kontakt: kobra@projektwerkstatt.de oder 06401-903283.

Jörg Bergstedt

CARE GEWINNT IN AKTIVISTISCHEN PRAKTIKEN AN BEDEUTUNG

Wer gewinnt, wäscht ab!

Care-Logik muss nicht auf Sorgetätigkeiten beschränkt bleiben, alle Tätigkeiten sollten das Wohlergehen aller im Blick haben. Wenn es Care ist, ein Kind ins Bett zu bringen - warum sollte es nicht Care sein, das Bett zu produzieren?

FRIEDERIKE HABERMANN, BERLIN

▲ Schnick - Schnack - Schnuck - wer gewinnt den Abwasch? Foto: move utopia

»Schnick, schnack, schnuck« - Stein, Schere oder Papier? Wer auf MOVE UTOPIA, einem fünftägigen »Zusammen!Treffen! für eine Welt nach Bedürfnissen & Fähigkeiten« mit über tausend Menschen im Juni 2017 fertig gegessen hatte, war angehalten, nicht einfach den eigenen Teller abzuspülen, sondern mit einer weiteren Person darum zu spielen, wer den des anderen mitnehmen durfte. Dies wurde wiederholt, bis ein Mensch fünf Teller zusammen hatte – hierbei ging es auch darum, die Ansteckungsgefahr durch eine geringere Anzahl abwaschender Personen zu minimieren; aber die Tatsache, dass die Teller bekam, wer gewann, drückte eine ungewohnte Wertigkeit der Care-Tätigkeit aus.

Dies war auch nach dem Mittagessen der Fall: jeden Tag von 14.30 Uhr bis 16.00 Uhr folgte der »Care-Slot«, ein Zeitraum, der ausschließlich dafür freigehalten war, Care-Tätigkeiten zu verrichten oder aber an einem inhaltlichen Care-Workshop teilzunehmen. Eines der hier angebotenen Themen war die Vorstellung des aus der letzten Denkwerkstatt der Vernetzung »Care Revolution« entstandenen Papiers »Sorge ins Zentrum einer Alternative zum Kapitalismus«. Darin heißt es: »bei der Kritik am Kapitalismus kann nicht stehen geblieben werden – denn ein großer Teil seiner Negativfolgen liegt bereits in der Tauschlogik selbst begründet«.

Von der Subsistenztheoretikerin Maria Mies stammt das in der feministischen Ökonomie oft verwendete Bild eines Eisbergs, wonach die sichtbare Ökonomie, also die über Warenproduktion und Geld vermittelte Wirtschaft, nur die aus dem Wasser ragende Spitze darstellt, während der größere Teil, bestehend aus der unentgeltlichen Nutzung von Naturressourcen, Sorge- und weiteren Tätigkeiten außerhalb des Marktes ohne Gegenwert in den Profit einfließt. Dieser durch die Konkurrenz erzeugte strukturelle Zwang zur Einverleibung besteht im Kapitalismus durch die Akkumulationsdynamik potenziert, letztlich aber in jedem Tauschsystem, da jede Marktkonkurrenz dazu anhält, möglichst billig produzieren zu können.

Für die sogenannten »Bielefelderinnen«, Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof, stellt nicht wie im Marxismus die Lohnarbeit, sondern die (überwiegend von Frauen im Globalen Süden ausgeführte) Subsistenzarbeit das zentrale ausgebeutete Element im Kapitalismus dar. Werlhof schrieb 1983: »Nun fragt es sich, ist der Kapitalismus derart unfähig, dass er es bis heute nicht geschafft hat, diese Massen in die Ausbeutung, in sein System zu integrieren (…)? Die Lösung des Rätsels ist höchst einfach, sie lautet: Es ist alles umgekehrt. Nicht 10 Prozent freie Lohnarbeiter, sondern 90 Prozent unfreie nicht-Lohnarbeiter sind die Säule der Akkumulation und des Wachstums, sind die wahren Ausgebeuteten, sind die wahren Produzenten, sind die Norm, der allgemeine Zustand, in dem sich der Mensch im Kapitalismus befindet«.

Mit dieser vergeschlechtlichten, rassifizierten und/oder klassistischen (also Schichtunterschiede ausnutzenden) Arbeitsteilung geht aber nicht nur einfach die Zuweisung schlecht oder nicht entlohnter Arbeit an Menschen einer bestimmten Identitätskategorie einher. Zugleich werden solche Identitätskategorien häufig erst in diesem Prozess geschaffen. Die Bielefelderinnen benutzten den Begriff »Subsistenzansatz« um zu betonen, dass es notwendig sei, sich immer weiter aus den kapitalistischen, marktvermittelten Zwängen zu befreien. Und Subsistenz bedeutet zunächst einmal nichts weiter, als nicht über den Markt vermittelt.

Hieran knüpfen – bewusst oder unbewusst – Bewegungen mit ihren Praktiken an. Bei MOVE Utopia wurden alle anfallenden Tätigkeiten auf freiwillige, beitragende Weise verrichtet, sei es das nächtliche Brotbacken oder das Aufbauen der Zelte oder die Sani-Struktur oder Konzerte oderoderoder. Als ebenfalls explizit tauschlogikfrei definieren sich die Bewegungsräume von »living utopia«, wie das »Utopival« oder der »Utopikon«. Doch damit wird nur explizit gelebt und benannt, was sich auch in anderen Camps und/oder Widerstandsevents beobachten lässt, sei es im Hambacher Forst (inklusive männlichkeitskritischem Abwaschen) oder auf dem Klimacamp im Rheinland.

Care-Logik erlaubt einen anderen Blick auf das Wirtschaften. Denn Sorgetätigkeiten sind auf das direkte Wohlergehen ausgerichtet – und gerade deshalb lassen sie sich schlecht profitabel ausbeuten. Doch letztlich ist dies nicht auf Care begrenzt. In der Reproduktionsarbeit wird nur sichtbarer, was für jede Form von Tätigkeit gilt: dass sie entfremdet wird, solange sie im Tausch gegen »Lebensmittel« – und damit als Zwang – absolviert wird. Und wenn es Care ist, einer Kranken Essen zu verabreichen – warum sollte es nicht Care sein, das Essen anzubauen? Wenn es Care ist, ein Kind ins Bett zu bringen – warum sollte es nicht Care sein, das Bett zu produzieren?

Die Sorge gilt dem »Ganzen des Lebens«, und zwar als ReProduktion, als Überwindung dieser durch Tauschlogik entstandenen Trennung. In diesem Sinne besteht eine neue Aufmerksamkeit für Care. Und ist letztlich nicht auch politischer Aktivismus selbst eine Form von Care, nämlich Sorge um die Welt? Auf weitere Entwicklungen darf mensch gespannt sein.

ES BRAUCHT EINEN PARADIGMENWECHSEL IN DER ÖKONOMIE

Wirtschaft ist Care

Care ist nicht ein beliebiger »Wirtschaftssektor«, den die derzeit noch dominanten ökonomischen Diskurse und Praxen »einbeziehen« müssten. Care ist die Mitte allen Wirtschaftens. Denn Wirtschaften hat laut allgemein akzeptierter Definition nur ein einziges Ziel: die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen, die zusammen die Erde bewohnen.

INA PRAETORIUS, WATTWIL CH

Der Begriff »Ökonomie« leitet sich von den griechischen Wörtern oikos (Haus, Haushalt) und nomos (Lehre, Gesetz) ab. Die Oiko-Nomia ist folglich die Lehre vom guten Haushalten. Weil es Aufgabe der Haushalte ist, die Bedürfnisse derer zu befriedigen, die im Haus zusammenleben, steht auf den ersten Seiten jedes ökonomischen Lehrbuchs ein Satz, der sich ungefähr so anhört: »Es ist Aufgabe der Wirtschaftslehre zu untersuchen, wie die Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse am sinnvollsten hergestellt, verteilt und ge- oder verbraucht werden.«

Der ökonomische Mainstream: eine Lehre vom Geld

Ab Seite zwei allerdings handeln die gängigen Lehrbücher nur noch vom Geld, genauer: von geldvermittelten Tauschakten, obwohl niemand ausdrücklich bestreitet, dass auch unbezahlte Arbeit menschliche Bedürfnisse befriedigt. Dieser seltsame Widerspruch rührt daher, dass man schon in der Antike einer »höheren« Sphäre herrschaftlicher Freiheit (Polis) einen »niedrigen« Bereich weiblich-sklavischer Dienstbarkeit (Oikos) untergeordnet hat: Im Oikos befriedigten Ehefrauen, SklavInnen, Kinder und Haustiere, also Wesen, von denen man annahm, sie seien von Natur aus zum Dienen bestimmt, die Bedürfnisse aller. Das änderte sich auch nicht wesentlich, als Adam Smith und seine Freunde im 18. Jahrhundert den Wirtschaftsliberalismus mit seiner Idee von der »unsichtbaren Hand des Marktes« erfanden. Diese unsichtbare Hand, das sind nämlich in Wahrheit die unzähligen Hände derer, die ohne »finanzielle Anreize« das Notwendige tun, sprich: kochen, waschen, einkaufen, Kinder gebären und großziehen, das »feindliche Leben« durch häusliche Harmonie erträglich machen, und so weiter. Ohne die fast immer im Stillen erbrachten Care-Leistungen gäbe es keine Menschen. Was aber sollte »Wirtschaft« ohne Menschen bedeuten?

Von der feministischen Hausarbeitsdebatte zur care-zentrierten Ökonomie

In den 1970er Jahren gab es die feministische »Hausarbeitsdebatte«: Aktivistinnen lenkten den Blick auf die Arbeit, die noch immer vor allem Frauen in Privathaushalten gratis leisten. So erreichten sie die statistische Erfassung der unbezahlten Arbeit. Am 11. Dezember 2017 erklärte zum Beispiel das schweizerische Bundesamt für Statistik, das seit 1997 Erhebungen zur unbezahlten Arbeit durchführt: »Im Jahr 2016 wurden von der gesamten ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren … 9,2 Milliarden Stunden unbezahlt gearbeitet… Im Vergleich dazu wurden 7,9 Milliarden Stunden … bezahlt gearbeitet. Die Frauen übernehmen 61,3% des unbezahlten Arbeitsvolumens, die Männer 61,6% des bezahlten Arbeitsvolumens. Die Hausarbeiten (…) machen mit 7,1 Milliarden Stunden gut drei Viertel des Gesamtvolumens an unbezahlter Arbeit aus. Die Betreuungsaufgaben für Kinder und Erwachsene im eigenen Haushalt lassen sich mit 1,5 Milliarden Stunden pro Jahr beziffern…«. In anderen Ländern sind die Verhältnisse nicht wesentlich anders.

Wirtschaft ist Care

Zunächst forderten Feministinnen die »Einbeziehung« des größten Wirtschaftssektors in die Ökonomie, zum Beispiel als »Lohn für Hausarbeit«. Es zeigte sich aber bald, dass es um mehr geht: nämlich darum, dass die Ökonomie als Ganzes zu ihrem selbstdefinierten Kerngeschäft zurückfindet. Wenn sie nämlich beansprucht, die Lehre von der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu sein, dann gehören Care-Leistungen in die Mitte. Denn niemand kann im Ernst behaupten, bei der Herstellung von Streubomben oder TV-Castingshows handle es sich um Bedürfnisbefriedigung, nicht aber bei der Pflege und Förderung von Menschen. Es geht also einerseits um Gerechtigkeit für die Care-ArbeiterInnen und um eine Ökonomie, die den Namen verdient. Mindestens ebenso wichtig aber ist dies: Wer Care in die Mitte der Ökonomie rückt, kehrt zu einer realistischen Selbstwahrnehmung zurück. Es wird wieder spürbar, dass alle Menschen, nicht nur »die Schwachen«, fürsorgeabhängig sind. Diese Einsicht wiederum hat direkte Konsequenzen für ökologische Politik: Wir erkennen wieder, dass wir nicht »über« der Natur stehen, sondern als geburtliche und sterbliche Wesen Teil der Natur und damit abhängig voneinander und von einer intakten Mitwelt sind.

Lesenswertes:
Ina Praetorius, Wirtschaft ist Care oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen, Berlin (Heinrich Böll Stiftung) 2015
boell.de/de/2015/02/19/wirtschaft-ist-care-oder-die-wiederentdeckung-des-selbstverstaendlichen

ANZEIGE

MOBILE PFLEGE – EINMAL MARKTWIRTSCHAFT UND ZURÜCK

Wir brauchen keine Manager

▲ Beim move-utopia Festival 2017 war das Thema Care ständig präsent Foto: Foto: move utopia

Forum Alpach, August 2017: Jos de Blok, Gründer der Nachbarschaftspflege Buurtzorg in Holland, sitzt mit Krankenhausmanagern und dem Leiter eines Pflegemanagement-Lehrganges auf einem Podium über neue Wege im Gesundheitsmanagement. Bekleidet mit Jeans und schwarzem Rollkragenpullover erklärt er den Anzugträgern zum wiederholten Mal: »We have no managers«.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Ich war extra zum hochkarätigen Forum Alpbach gekommen, um Jos de Blok kennen zu lernen. Als ich zum ersten Mal von Buurtzorg (niederländisch für Nachbarschaftspflege) las, hatte ich ein déjà vu-Erlebnis. Bei Buurtzorg organisieren sich kleine Gruppen von Pflegenden selbst, ohne großen Verwaltungs- und Kontrollapparat, mehr dazu im Beitrag unten. Zu Beginn der 1990er Jahre hatte ich mit anderen Frauen die mobile Altenbetreuung im Ausseerland, einer Region mit etwa 5.000 Einwohnern in den österreichischen Alpen, aufgebaut. Damals gab es so etwas in Österreich nicht. Wir mussten es also quasi »erfinden«. Und das, was wir erfunden haben, funktionierte fast genau so wie Buurtzorg. Dass die anderen Personen an besagtem Podium dem nichts abgewinnen konnten, war zu erwarten, würden doch all ihre hochdotierten Jobs damit abgeschafft. Ich hingegen wusste aus Erfahrung: Es geht. Und diese Erfahrung teilte ich anschließend mit Jos und Interessierten aus dem Publikum.

Tun was sich richtig anfühlt

Am Anfang stand eine neue Jobbezeichnung, die der »Heimhilfe« und die dazugehörige Ausbildung. Es war eine gute Ausbildung, in der wir lernten, dass es wichtig sei, die Persönlichkeit und Bedürfnisse der alten Menschen zu respektieren und vor allem ihre Selbständigkeit zu fördern. Unsere Aufgabe sei auch, ihre sozialen Beziehungen aufrecht zu erhalten, und Gesprächspartnerinnen für sie zu sein. Natürlich erwarben wir auch medizinische und pflegerische Kompetenzen. Das ermöglichte uns, unsere Arbeit gern und gut zu machen und wir hatten bald einen guten Ruf in der Gemeinde.

Dass wir unsere Arbeit gern machten, hing aber auch damit zusammen, dass wir sie selbst organisieren konnten, mit unseren KlientInnen als gleichberechtigten PartnerInnen. So schafften wir es, deren Wünsche, die Bedürfnisse unserer Familien und unsere eigenen unter einen Hut zu bringen. Als es notwendig wurde, organisierten wir selbst und ohne Auftrag von irgendjemandem einen Wochenenddienst. Wir riefen uns gegenseitig an, wenn es etwas Wichtiges zu besprechen gab; waren wir aus irgendwelchen Gründen verhindert, sprang eine andere ein. Dazu kam die Interaktion mit den Angehörigen und einem weiteren Umfeld, was die Qualität unserer Arbeit für die Gemeinde ausmachte. Manchmal haben wir nachmittags jemanden für einen Ausflug abgeholt. Nicht alle diese Aktivitäten haben wir verrechnet. Für uns war es wichtig, dass wir unser Stundensoll erfüllten, dass aber auch unsere KlientInnen sich die Betreuung leisten konnten. Was wir hier machten fühlte sich nicht wie »Arbeit« an, es war einfach ein sinnvoller Teil unseres Lebens. Von der Volkshilfe als Trägerverein kam am Monatsende Geld, sonst nichts.

Ein wettbewerbsfähiges Unternehmen

Diese selbstorganisierte Idylle währte nicht lange, denn nach wenigen Jahren setzte sich die Volkshilfe das Ziel, ein wettbewerbsfähiges Dienstleistungsunternehmen zu werden. Ab nun standen vor allem betriebswirtschaftliche Aspekte im Mittelpunkt. Es folgte die ISO-Zertifizierung und alle Abläufe und Tätigkeiten wurden streng normiert, die Wege und Zeiten nach Effizienzkriterien geplant, nicht nach den Bedürfnissen der KlientInnen und nicht mehr nach unseren. Wir durften keine Vereinbarungen mehr untereinander oder mit KlientInnen treffen, jede Kommunikation musste nun über die Einsatzleitung laufen. Man sagte uns, diese strenge Kontrolle und Regulierung sei leider notwendig, denn, »wer behauptet, dass er die Firma noch nie betrogen hat, der lügt«. Für uns hatte es allerdings davor keine »Firma« gegeben. Die Volkshilfe, das waren WIR. Was wir aufgebaut hatten, wurde uns weggenommen, um, so sagte man uns, es effizienter zu gestalten und dafür brauche es Spezialisten. Unsere Leistung der vergangenen Jahre wurde damit wertlos.

Es gab nun ein »Leitbild«, in dem all die Qualitäten unserer Arbeit aufgelistet wurden, die für uns selbstverständlich waren, die sich jedoch rasch aus dem Alltag verabschiedeten. Denn jetzt hörten wir, wir sollten uns doch von den alten Leuten nicht um den Finger wickeln lassen und »zum Reden hamma ka Zeit«.

Diese Arbeitsbedingungen im Pflege- und Gesundheitsbereich und ihre Auswirkungen sind heute hinlänglich bekannt. Sie haben zu einer Verschlechterung der Pflegequalität geführt, zu einer unerträglichen Situation für Pflegende, weil sie jeden Tag mit dem Gefühl nach Hause gehen, das Notwendige nicht getan zu haben, und trotzdem steigen die Kosten. Ich bin schon seit Jahren nicht mehr in diesem Beruf tätig, aber als ich erfuhr, dass sowohl Pflegende als auch Gepflegte und deren Angehörige von Buurtzorg begeistert sind und langfristig durch diese Art der Betreuung auch die Kosten für die Gesellschaft sinken, war das für mich eine späte Genugtuung.

Mehr Infos:
kratzwald.wordpress.com/2012/01/09/uber-selbstbestimmtes-arbeiten/

REVOLUTION IN DER HOLLÄNDISCHEN PFLEGELANDSCHAFT

Buurtzorg

2007 hatte Jos de Blok, Krankenpfleger mit Managementerfahrung, endgültig genug von den Arbeitsbedingungen in der Pflege. Mit vier Kolleginnen gründetet er in der Gemeinde Enschede Buurtzorg, auf Deutsch Nachbarschaftspflege, ohne Chef, ohne bürokratischen Überbau. Das ist bis heute, mit mehr als 10.000 MitarbeiterInnen, so geblieben.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Das zentrale Motto des neuen Ansatzes war »Menschlichkeit statt Bürokratie«. Sowohl die Bedürfnisse der Pflegenden als auch die der Gepflegten stehen im Mittelpunkt. Pflegende können ihr Wissen und ihre Kompetenzen unmittelbar einbringen, pflegebedürftige Menschen werden so betreut, dass sie möglichst selbständig leben können. Das bedeutet, dass am Beginn viel Zeit mit Gesprächen verbracht wird, um Informationen über die Lebensumstände, das physische Wohnumfeld und soziale Kontakte zu bekommen. Die nächsten Schritte sind die Gestaltung der Wohnung und der Aufbau eines sozialen Netzwerkes, so dass die Buurtzorg-MitarbeiterInnen immer weniger Zeit für die Pflege aufwenden müssen, obwohl die Lebensqualität der betreuten Personen steigt. Zu den PatientInnen kommen maximal zwei Pflegekräfte für alle Aktivitäten, so dass ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann. Auch die Arbeitsbedingungen für die Pflegenden bessern sich, weil sie ihre Arbeit autonom gestalten und sich die Arbeitszeit nach ihren Bedürfnissen einteilen können.

Das sprach sich schnell herum und immer mehr Menschen wollten bei Buurtzorg mitarbeiten oder von Buurtzorg gepflegt werden. Jos setzte aber eine klare Grenze für die Größe seines Teams, wenn neue Menschen dazu kommen wollen, müssen sie sich Gleichgesinnte suchen. Ab vier Personen kann ein neues Team entstehen. Die Obergrenze sind 10 – 12 Personen, die ein klar umrissenes Einzugsgebiet betreuen, etwa 5.000 Einwohner pro Team, damit auch wirklich stadtteil- oder gemeindeumfassende externe Kooperationen möglich sind. Die Teams verfügen über ihr eigenes Budget und arbeiten vollkommen autonom in Bezug auf Planung, Koordination oder Fortbildungen. Ihre Erfahrungen stellen sie über Buurtzorg Web, eine Online-Plattform in der Art eines sozialen Netzwerkes, allen anderen zur Verfügung. Dadurch können Probleme schnell bearbeitet und erworbenes Wissen geteilt werden. Jos hat, so meinen viele, Pflegefachkräften ihren Beruf wieder zurückgegeben.

Patienten und deren Angehörige können ebenfalls Teile der Online-Plattform benutzten und so direkt Rückmeldungen geben oder Fragen stellen. Es gibt regelmäßige Treffen mit gepflegten Personen und deren Angehörigen, um Kontakt zu pflegen und Rückmeldungen zur Pflegequalität zu bekommen. Buurtzorg wurde zweimal hintereinander zum beliebtesten Arbeitgeber der Niederlande gewählt und bekam die beste Pflegequalität unter 307 Mitbewerbern attestiert. Und es stellte sich heraus, dass diese Art der Pflege langfristig für die Krankenkassen und damit für die Gesellschaft sogar billiger ist als die herkömmliche Struktur. Deshalb hat es Jos nun endlich geschafft, dass er mit den Kassen auch das abrechnen kann, was wirklich geleistet wird und nicht nach dem herkömmlichen Produktschema.

Weil es kein teuer bezahltes Management gibt, können die PflegerInnen bei Buurtzorg mehr bezahlt bekommen und es bleibt Zeit und Geld für verschiedene Aktivitäten, je nach Lust und Bedarf – das reicht von Ausflügen bis hin zu Rollatorrennen, die von Buurtzorg ausgehend inzwischen in vielen Orten organisiert werden. Obwohl die Teams über ganz Holland verteilt sind, fühlen sie sich über gemeinsame Werte und eine gemeinsame Kultur verbunden. Einmal im Jahr gibt es eine mehrtägige Konferenz an der mehrere Tausend MitarbeiterInnen teilnehmen und sich so auch persönlich kennen lernen können.

2017 arbeiteten über 10.000 Menschen für Buurtzorg in knapp 1000 Teams, die Organisation deckte 60 Prozent der mobilen Krankenpflege in den Niederlanden ab. Mit 50 Personen, hauptsächlich für die Abrechnungen mit Krankenkassen und Gemeinden, ist auch schon die ganze Bürokratie abgedeckt. Es gibt keine Manager, Geschäftsführer, Personalchefs oder Ähnliches, nur regionale Coaches, 25 an der Zahl, die jedoch keine Entscheidungsfunktion haben. Sie organisieren Trainings für neu entstehende Teams, um ihnen Besprechungs- und Entscheidungsfindungsmethoden zu vermitteln und begleiten ansonsten bei Bedarf auf Anfrage. Jos de Blok ist zwar formal der »CEO« (die heute übliche Bezeichung für einen Vorstandsvorsitzenden oder Generaldirektor), es gebe aber, so sagt er, nicht wirklich Arbeit für ihn. Und so reist er rund um die Welt zu Vorträgen über sein Modell, für das es nicht nur in Europa Interesse gibt, sondern auch in China, Japan, Australien und den USA. In Holland hat sich Buurtzorg inzwischen weitere Arbeitsbereiche mit Kindern und Familien erschlossen – natürlich mit der gleichen, selbstorganisierten Struktur.

Link: buurtzorg.com

ANZEIGE

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Probeexemplar gewünscht?
Einfach per mail oder web bestellen

Ausgabe 1-2/18 u.a.:
- Kirsten Huckenbeck: »Blau als das neue Braun« – Rechte rufen zu Betriebsratswahlen auf
- Sara Katsani: »Geregeltes Nebeneinander« – Zur Schwundform der Bürgerversicherung bei SPD und ver.di
- »...wenn mein blauer Arm es will« – Gespräch mit André Kaufmann über »Zentrum Automobil« und rechte »Alternativen« in Betrieben
- Wilfried Leisch: »Kassensturz in Österreich« – Wie Schwarz-Blau das Gesundheitssystem den Konzernen ausliefern will
- Kim Moody: »Eine neue Front für Streiks: Logistik « – Über moderne Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisierung
- Said Hosseini: »Packt ein, Eure Zeit ist um!« – Interview zu den Protesten im Iran

Niddastr. 64 · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de · www.express-afp.info

SELBSTORGANISIERTE PFLEGEEINRICHTUNGEN IN DEUTSCHLAND

Pflege auf Augenhöhe

▲ Zum ersten Geburtstag von Care4me gab es eine hübsche Torte. Das gelungene Konzept kann sich feiern lassen. Foto: Care4me

Seit 2016 gibt es in Deutschland Pflegeeinrichtungen, die vom Buurtzorg-Modell inspiriert sind und sich unter dem Dach von »Pflege auf AUGENHÖHE« vernetzen. Uta Kirchner hat die Vernetzung in Deutschland ehrenamtlich in die Hand genommen. Sie hat in Berlin Care4me, einen ambulanten Dienst für selbstbestimmte Menschen, gegründet.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Viele Jahre war Uta Kirchner als Geschäftsführerin, Gesellschafterin und Unternehmensgründerin im IT-Bereich tätig, bis eine Sinnkrise den Wunsch hervorrief, für den Rest des Lebens etwas gesellschaftlich Sinnvolles zu tun. Sie hatte während ihres Studiums als alleinerziehende Mutter bei der ambulanten Pflege der AWO gearbeitet und dort die Möglichkeit gehabt, ihre Arbeit so einzuteilen, dass sie Studium, Beruf und Kind vereinbaren konnte. Als Studienprojekt gründete sie damals das erste Berliner Seniorentelefon, das es bis heute gibt. Als dann ihr Vater schwer pflegebedürftig wurde, entstand die Idee, zu den Wurzeln zurückzukehren und einen Pflegedienst zu gründen, den sie gerne nutzen würde, bei dem sie aber auch gerne arbeiten würde. Über das Buch »Re-inventig Organizations« von Frederic Laloux stieß sie auf Buurtzorg und erkannte: »das, was ich will, muss ich nicht neu erfinden, das gibt es schon«.

Augenhöhe-Bewegung

Es folgten Telefonate mit Jos de Blok, dem Gründer von Buurtzorg, mehrere Besuche in Holland, bei denen sie auch mit Pflegerinnen sprechen, sowie die Datenbank erkunden konnte. Schließlich übernahm sie es, als Ansprechperson für Interessierte in Deutschland zu fungieren und da ein Netzwerk aufzubauen. Sie sammelte Leute um sich, die als InhaberInnen von Pflegediensten ihre Organisationen für die Idee der selbstorganisierten Arbeit öffnen wollten, die »RaumgeberInnen«, wie sie sich nennen. Nach vielen Gesprächen kam man zu der Erkenntnis: »Wir müssen diese achtspurige Autobahn verlassen und den Weg durch den Dschungel wählen«. Das Buurtzorg-Modell lässt sich nicht 1:1 in Deutschland umsetzen, nicht nur, aber auch wegen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, und die Gruppe wollte ihren eigenen Weg – wenn auch von Buurtzorg inspiriert – gehen. Als Dach dient nun die »AUGENHÖHE-Bewegung«, eine Sammelbewegung von Unternehmen, die im Feld der Selbststeuerung unterwegs sind. Uta Kirchner übernahm unter diesem Dach den Bereich Pflege, so konnte sie sich mit Gleichgesinnten vernetzen, die ebenfalls diese andere Art des Arbeitens mit dem Pflegethema verbinden wollten.

Pflege-Camp

Ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg war das erste Augenhöhe-Camp zum Thema Pflege im März 2017 im Betahaus in Berlin, eine Art Mischung aus Barcamp und Open Space, bei dem Pflegedienstleiterinnen und Auszubildende, Pädagoginnen, Pflegefachkräfte und andere am Thema interessierte Menschen »auf Augenhöhe« ihre Erfahrungen austauschen konnten, wo jedoch vor allem der Wille zur Veränderung im Mittelpunkt stand, nach dem Motto »Nicht quatschen, sondern machen«. Themen waren unter anderen die Frage nach einer guten Pflegeausbildung, der Umgang mit Demenzkranken oder die Selbststeuerung in Teams. Ein nächstes Camp ist für 2018 in Planung.

Care4me - Pflege anders gestalten

Kirchners eigene Organisation Care4me hat seit Februar 2017 die Zulassung zur Abrechnung mit den Kranken- und Pflegekassen nach SGB XI (Sozialgesetzbuch, Soziale Pflegeversicherung). Die Mitarbeiterinnen (und ein Mitarbeiter) sind in Teams von 5 – 8 Personen organisiert, die für einen bestimmten Stadtteil zuständig sind. Jede betreute Person hat eine Bezugspflegerin und eine Stellvertreterin für den Krankheitsfall. Möchte eine Mitarbeiterin länger auf Urlaub gehen, ist sie dafür verantwortlich, ihre Vertretung für diese Zeit persönlich bei ihren KlientInnen einzuführen und dafür zu sorgen, dass das Verhältnis auch stimmt. Grundsätzlich wird auf die Wünsche der Mitarbeiterinnen eingegangen: wie viele Stunden sie arbeiten wollen, ob nur am Wochenende oder nicht am Wochenende, nur abends oder nicht abends, alles ist möglich. Zeitdruck ist – im Gegensatz zu Pflegekräften in »normalen« Einrichtungen – ein Fremdwort, das drückt sich auch darin aus, dass die Pflegerinnen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad oder zu Fuß in ihren Stadtteilen unterwegs sind. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildet der Aufbau sozialer Netzwerke aus Nachbarn, Bekannten und Verwandten, um das Gefühl der Einsamkeit, das viele alte Menschen haben, zu überwinden. »So«, meint Frau Kirchner, »haben wir glückliche Mitarbeiterinnen und glückliche Kunden.«

Ein Abschied von Gewinnmaximierung

Zum Konzept von Care4me gehören ein »radikaler Abschied von hierarchischen Strukturen und ein radikaler Abschied von der reinen Gewinnorientierung. Pflege darf nicht mit dem schneller-weiter-höher-Blick auf Gewinnmaximierung geplant und durchgeführt werden«, und diese Haltung wird auch gelebt. Unerlässlich sind dafür ein einfaches Dokumentationssystem und ein geeignetes IT-System, das zusätzlich zu den üblichen betriebswirtschaftlichen Funktionen eine Kommunikations-Plattform für die Mitarbeiterinnen bietet, was ja ein wesentlicher Erfolgsfaktor von Buurtzorg ist. Letzteres, so Kirchner, ist allerdings noch in Arbeit.

Und finanziell schafft man das mit den normalen Pflegesätzen in Deutschland? »Ja«, meint sie, »es ist im deutschen System möglich, es gibt genug Geld. Mit dem was wir tun und wie wir es tun kann man über die Runden kommen, man wird aber nicht reich dabei.«

Selbstorganisiert pflegen, kommt gut an

Im AUGENHÖHE-Netzwerk vertreten ist etwa auch Uta Behrens aus Frankfurt. Sie hat in einem früheren Job in einer Rechtsanwalts-Kanzlei diese Arbeitsweise kennengelernt und strukturiert nun zwei Pflegedienste in Gießen und Eltville unter dem Namen »Menschen zuhause« nach dem Buurtzorg-Modell neu. Jörn Schinzler macht das gleiche in Freiburg mit »Ich und Du Pflege«, weitere Beispiele finden sich auf der Webseite. Nahe der holländischen Grenze gibt es zwei Einrichtungen, die eine echte Kooperation mit buurtzorg haben und Namen und Logo verwenden. Sie arbeiten unter dem Dach des Netzwerks Gesundheitswirtschaft Münsterland und sind über EU-Regionalfonds gefördert. Das Interesse ist jedenfalls steigend, von allen Seiten.

Über dem Hype um ein »innovatives Managementmodell« in der Pflege sollen aber jene nicht vergessen werden, die Selbstorganisation seit vielen Jahren aus Überzeugung betreiben. Stellvertretend dafür steht die Tagespflege Lossetal der Kommune Niederkaufungen, die sich speziell auf demenzkranke Menschen spezialisiert hat. Im Leitbild heißt es, »Wir sehen den Menschen ganzheitlich, als Einheit von Körper, Geist und Seele. Grundlage unserer Arbeit ist die Begleitung unserer Gäste unter Einbeziehung ihrer individuellen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse«, oder, »In der Tagespflege Lossetal arbeiten wir deshalb ohne Hierarchien, sondern als ein verantwortungsbewusstes Kollektiv. Die Einbeziehung aller Mitarbeiterinnen in alle Entscheidungsprozesse (...) führt zu eigenverantwortlichem Handeln und selbstständigem Arbeiten. Für Mitarbeiterinnen mit kleinen Kindern wird regelmäßig versucht, die Arbeitszeiten individuell bestmöglich anzupassen.« Sowohl was das Menschenbild betrifft, als auch in Bezug auf das Managementmodell ist die Tagespflege Lossetal also voll auf der Höhe der Zeit – oder vielmehr, der Zeitgeist ist endlich da angekommen, wo Kommunen schon seit Jahren experimentieren.

Mehr Infos unter:
care4me-berlin.de
pflege-auf-augenhoehe.de
tagespflege-lossetal.de

ANZEIGEN

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne *vom 8. Dezember 1931*

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

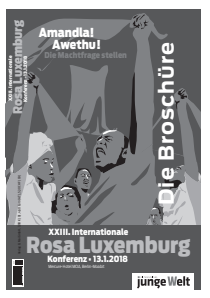
Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • **www.ossietzky.net**

AB MITTE MÄRZ AM KIOSK!

Broschüre zur XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz



Broschüre, Verlag 8. Mai GmbH, ca. 90 Seiten, 3,90 €

»Amandla! Awethu! Die Machtfrage stellen«

Referate von: Nnimmo Bassey, Träger des Alternativen Nobelpreises 2010 (Nigeria) | **Jörg Kronauer,** Journalist und Sozialwissenschaftler | **Clotilde Ohouochi,** ehemalige Sozialministerin der Cote d'Ivoire | **Mumia Abu-Jamal,** politischer Gefangener und Journalist (USA) | **Ding Xiaoqin,** Professor, Universität Shanghai für Finanzen und Wirtschaft (China) | **Enrique Ubieta,** Journalist und Philosoph (Kuba) | **Achille Mbembe,** Politikwissenschaftler und Philosoph (Kamerun) | **Grußadresse von Adel Amer,** Generalsekretär der KP Israels

»Oben – unten. Nord – Süd. Wer wen? Soziale Frage und Flüchtlingselend: Abschied der Linken von der internationalen Solidarität?«

Podiumsdiskussion mit: Canan Bayram, Mitglied des Bundestags für Bündnis 90/Die Grünen | **Lorenz Gösta Beutin,** Mitglied des Bundestags für die Partei Die Linke | **Günter Pohl,** Internationaler Sekretär der Deutschen Kommunistischen Partei | **Selma Schacht,** Arbeiterkammerrätin in Wien für Komintern | Moderation: **Stefan Huth,** Chefredakteur *junge Welt*

Erhältlich an allen Bahnhofskiosken und in der *jW*-Ladengalerie (Torstr. 6, 10119 Berlin). Bestellbar unter jungewelt-shop.de oder telefonisch unter: 030/53 63 55-37

FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT SORGEN

Care Revolution

▲ Care Revolution auf der 1. Mai-Demo in Freiburg 2017 Foto: Privat

Mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für entlohnte und nicht entlohnte Sorgearbeit grundlegend zu verbessern, hat sich 2014 das Netzwerk Care Revolution gegründet, an dem sich inzwischen 80 Initiativen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligen.

GABRIELE WINKER, FREIBURG

Seine Aktivist_innen beziehen sich mit dem Konzept der Care Revolution auf feministische Erkenntnisse, indem sie die grundlegende Bedeutung von Sorgearbeit ins Zentrum ihres politischen Handelns stellen: In der Sorge füreinander zeigt sich, dass Menschen notwendig aufeinander angewiesen sind. Dies sehen wir positiv; füreinander zu sorgen ist keine Einschränkung, sondern Voraussetzung menschlicher Entfaltung. Ziel der Care Revolution ist letztlich eine solidarische Gesellschaft, die, radikal demokratisch gestaltet, an menschlichen Bedürfnissen und insbesondere an der Sorge umeinander ausgerichtet ist.

Politisch geht es uns zunächst darum, etwa durch einen substanziellen Mindestlohn und ein bedingungsloses Grundeinkommen allen Menschen Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Gleichzeitig ist über eine deutliche Verkürzung der Vollzeiterwerbsarbeit sowie über eine kostenlos nutzbare und allen zugängliche soziale Infrastruktur, etwa im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich, Zeit und Unterstützung für die Selbstsorge und die Sorge für andere zu schaffen. Gleichzeitig benötigen Selbsthilfenetzwerke und Commons materielle Ressourcen. Eine umfassende Verfügung über die Bedingungen, unter denen wir Sorgearbeit leisten, erfordert darüber hinaus, dass der Care-Bereich demokratisch und in Selbstverwaltung gestaltet und der Kapitalverwertung entzogen wird. Mit diesen Forderungen beteiligt sich Care Revolution in vielen Städten beispielsweise an Aktivitäten zum Internationalen Frauentag oder zum 1. Mai mit der Losung »Tag auch der unsichtbaren Arbeit«.

Alltagserfahrungen als politischer Anknüpfungspunkt

Gerade der Care-Bereich bietet soziale sowie politische Milieus übergreifende Anknüpfungspunkte für Kämpfe um Selbstverwaltung und die gemeinsame Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen. Denn in der Sorge werden unmittelbar lebensnotwendige Bedürfnisse angesprochen; gleichzeitig wird hier die Absurdität besonders offensichtlich, Menschen nach dem Prinzip maximaler Rentabilität heilen, lehren, beraten oder pflegen zu wollen. Da gerade im Care-Bereich die erforderliche Infrastruktur größtenteils dezentral realisiert werden kann, lassen sich Kitas, Gesundheitshäuser oder soziale Zentren in Formen direkter Demokratie organisieren. So können sich alle Sorgearbeitenden und auf Sorge Angewiesenen unmittelbar an den Aushandlungen über die Gestaltung der Sorgeeinrichtungen beteiligen.

Ansätze einer solchen verbindenden Politik werden beispielsweise in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern deutlich. 2016 erreichten die Ver.di-Betriebsgruppe und der Personalrat der Charité Berlin einen Tarifvertrag zur Mindestpersonalbesetzung auf den Pflegestationen; das »Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus« unterstützte diesen Arbeitskampf aus der Interessenlage der (potenziellen) Patient_innen. In einer aktuellen bundesweiten Kampagne versucht ver.di, entsprechende Tarifverträge für eine Mindestbesetzung flächendeckend durchzusetzen. Nunmehr gibt es diese Bündnisse in vielen Städten, teils auch mit Beteiligung der Care Revolution-Gruppen vor Ort. Sie tragen dazu bei, dass neben den deutlich zu verbessernden Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte auch die Bedürfnisse der Patient_innen und die der Angehörigen, die zu früh Entlassene zu versorgen haben, Thema der Kampagne sind.

Um neben diesen Aktivitäten und den überregionalen halbjährlichen Netzwerktreffen vor Ort noch aktiver eingreifen zu können, hat das Netzwerk Care Revolution mit der Durchführung von regionalen Konferenzen begonnen. Die erste Aktionskonferenz wurde am 20. Mai 2017 zusammen mit 33 Initiativen und Organisationen in Freiburg durchgeführt. Die zweite Konferenz in Leipzig wurde an drei Tagen von 200 Teilnehmenden besucht.

Ein Projekt der Verstetigung von Care-Politik

Um nach der Aktionskonferenz auch dauerhaft zusammenzuarbeiten, haben Care-Aktive in Freiburg im Oktober 2017 einen Care-Rat installiert, an dem sich alle Sorgearbeitenden beteiligen können. Dieser Care-Rat tagt alle sechs Wochen öffentlich. Als erstes Thema haben wir uns für Altenpflege entschieden. Zunächst ging es darum, Erfahrungen von Altenpflegekräften, Alltagsbegleiter_innen, pflegenden Angehörigen zusammenzutragen und Expertisen über die Situation von osteuropäischen Betreuungskräften und Altenpflegeschüler_innen einzuholen. In der Folge entwickeln wir daraus Möglichkeiten, politisch einzugreifen. Mit diesem Care-Rat möchten wir den öffentlichen Diskurs um Care verstetigen, punktuell und exemplarisch soziales Unrecht in der Kommune skandalisieren, Ursachen dieser Ungerechtigkeiten offenlegen und für konkrete Forderungen zusammen mit anderen politischen Initiativen kämpfen. Dies sehen wir als Schritt hin zu einer sichtbaren Care-Bewegung und letztlich zu einer solidarischen Gesellschaft.

Gabriele Winker ist aktiv im bundesweiten Netzwerk Care Revolution sowie in der Freiburger Care Revolution-Gruppe.
Sie ist Verfasserin des Buches: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript 2015.

Link: care-revolution.org

DIVERSU E.V.

In Theorie und Praxis zu einem sorgenden Naturverhältnis

Daniela Gottschlich hat mit einigen KollegInnen den Verein diversu gegründet, der an der Schnittstelle zwischen Natur, Diversity und Gender arbeitet und Care nicht nur als theoretisches Konzept, sondern als transformative Praxis begreift.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Daniela, was genau ist und macht diversu?

Diversu wurde im November 2013 gegründet von Menschen, die sich persönlich kannten, an der Leuphana Universität Lüneburg in verschiedenen Drittmittelprojekten gearbeitet haben und nach deren Auslaufen gemeinsam weiter arbeiten wollten. Als Verein können wir zudem stärker als an der Uni in Verbindung mit sozialen Bewegungen und mit Akteuren der Praxis sein.

Ihr habt einen Arbeitsbereich, wo ihr Natur und Care zusammendenken wollt. Kannst du das näher ausführen?

Care steht für uns für einen Perspektivwechsel. Wir setzen an jenen sozialen Tätigkeiten an, die die Basis allen Wirtschaftens sind, die aber in den herrschenden Wirtschaftswissenschaften vielfach unsichtbar bleiben. Diese Logik der Abspaltung und Verdrängung ist aber immer schon auch auf Natur bezogen gewesen, und mehr noch, die weibliche Arbeit wurde naturalisiert, um vernutzt werden zu können. Diese doppelte Herrschaftslogik wollen wir noch einmal stärker von der Natur aus denken. Das geht auch mit Subjektkonstitutionen einher, denn wenn ich Care im Sinne von Sorgen für mich und andere in den Mittelpunkt einer Gesellschaft stelle, brauche ich auch Subjekte, die zu Empathie fähig sind und sich in Beziehung setzen können – zu Menschen, zu Tieren, zu Pflanzen. Es geht also bei unserer Idee eines »caring with nature/s« nicht (nur) um das asymmetrische Sorgen für etwas, sondern um ein Sich-in-Beziehung-setzen, ein Miteinander und wo und wie das schon passiert, das wollen wir sichtbar machen.

Zum anderen fragen wir, wie können wir es auch noch stärker wertschätzen, weil diese Dimension von Emotionalität, von Mitgefühl im Wissenschaftsbetrieb ausgeblendet wird. Das wird ganz schnell als esoterisch und nicht-wissenschaftlich abgetan. Wir hingegen denken, es braucht genau diesen Zusammenhang des Lebendigen, dem wir nachspüren wollen, auf theoretischer und praktischer Ebene.

Wo siehst du jetzt schon so einen sorgenden Umgang mit Natur?

In der Bewegung zur solidarischen Landwirtschaft etwa geht es nicht nur eine Solidarität denen gegenüber, die Lebensmittel produzieren, sondern es hat auch etwas damit zu tun, wie dort mit Tieren, Pflanzen und Boden umgegangen wird. Auch in der ökologischen Landwirtschaft oder der prozessorientierten Forstwirtschaft haben wir den Versuch, die Verdinglichung von Natur und diesen herrschaftlichen Naturansatz zu durchbrechen. Auf einer konzeptionellen Ebene finden wir es in lateinamerikanischen Ansätzen wie dem buen vivir.

Auf wissenschaftlicher Ebene bedeutet das Bereiche wie Biologie, Psychologie, Soziologie zusammenzudenken?

Ganz genau, bis hin zur Quantenphysik und dem neuen feministischen Materialismus. Das ist genau der Kern: das Materielle und das Symbolische zusammen zu denken, das Naturwissenschaftliche, Geistes- und Sozialwissenschaftliche, Natur, Gesellschaft und Individuum, es geht um einen echt integrativen Ansatz.

Ihr verwendet dafür ein Konzept von Care, das nicht bestimmte Tätigkeiten bezeichnet, sondern eine Haltung. Welches Konzept von Natur steht hinter eurem Ansatz?

Wir sind seit dem Beginn der Moderne und des Kapitalismus mit einem Naturbegriff konfrontiert, der Natur von Kultur und Technik trennt und hierarchisiert: das Natürliche und Wilde ist immer dem kulturell höher Gestellten untergeordnet, es geht um Zähmung und Unterwerfung von Natur. Diese Spaltung und Hierarchisierung wollen wir aufbrechen mit unserem relationalen Naturverständnis. Wir sind auch Teil von Natur, oder genauer wir sind mit Donna Haraway gesprochen »NaturKultur«. Hybride NaturKultur sind auch in der Stadt lebende Wildtiere. Und um dieses Hybride geht es uns, das wir anerkennen und gestalten wollen – mit dem Ziel eines guten Lebens für alle: Menschen, Tiere, Pflanzen.

Unser Naturverständnis versucht weniger herrschaftlich zu sein, das ist aber tatsächlich ein suchendes Tasten und Nachspüren. Wenn ich mich umschaue, ist mein Leben immer Naturverbrauch, wir können gar nicht leben, ohne Natur zu verbrauchen und zu gestalten. Also, wie sorgen wir dafür, dass wir zumindest die Grundlagen immer wieder herstellen, dass wir keine andere Spezies ausrotten, dass der Umgang mit Natur weniger instrumentell wird? Da geht es um altbekannte Dinge wie Fleischkonsum, artgerechte Haltung, Pestizide. Eine Kollegin aus den USA sagt, dass gerade für den Boden ein sorgender Umgang notwendig ist, der das Lebendige erhält. Ökologische Landwirtschaft kann man dann als Care-Praxis sehen.

Welche anderen Themen behandelt ihr bei diversu?

Spannend an diversu ist gerade die Vielfalt, wir machen etwa auch Gender- und Diversity-Trainings. Wir halten Vorträge, akquirieren Forschungsprojekte und bieten Weiterbildungen an – aktuell zum Thema Klimaanpassung. Allen unseren Tätigkeiten gemeinsam ist der kritische Blick auf die bestehenden Verhältnisse und gleichzeitig der Versuch, Visionen eines guten Lebens gemeinsam mit anderen zu entwerfen und sichtbar zu machen. Wir laden herzlich ein zum Besuch unserer Webseite und auch zu Kooperationen.

Infos unter: diversu.org

▲ Daniela Gottschlich Graphik: Privat

SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT ÜBER KONTINENTE HINWEG

Segelnder Kaffee

▲ Auf der Finca Equimite: Der Kaffeebauer legt Wege im Regenwald an. So entstehen Terrassen, die den Wasserhaushalt regulieren. Foto: Teikei Coffee

Könnte meine Tasse Kaffee seinen ErzeugerInnen ein faires, zukunftsträchtiges Einkommen ermöglichen? Könnte dieser Kaffee emissionsfrei transportiert werden? Und könnte dieser Kaffee auch noch außerordentlich gut schmecken? Die Initiative Teikei Coffee sagt: Ja. Sie bringt KaffeebäuerInnen in Mexiko und KaffeegenießerInnen in Deutschland zusammen und transportiert die Kaffeebohnen mit einem Frachtsegelschiff über das Meer. In Kassel haben Mitglieder der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) vor kurzem die ersten Tassen fair bezahlten, gemeinschaftlich finanzierten und gesegelten Kaffee genossen.

MANUELA WUNDERLICH, KASSEL

Daran, dass die Mitglieder der Solawi Kassel seit diesem Winter ganz besonderen Kaffee bestellen und trinken können, war eigentlich ein Urlaub schuld – mein Urlaub im Sommer 2017. Zum ersten Mal war ich mit einem Segelboot unterwegs und kam voller Begeisterung für dieses schöne Reisen im September wieder zurück. Natürlich konnte ich mir unter diesen Umständen einen Vortrag über Kaffee, Segeln und Solidarische Landwirtschaft in Kassel nicht entgehen lassen. So lernte ich das Projekt »Teikei Coffee« und seinen Gründer Hermann Pohlmann kennen, der in Sachen Kaffeevermarktung und Transport ganz neue Wege geht.

Pohlmann erzählte, wie er viele Jahre in Brasilien verbracht und dort ein Netzwerk und eine Vielzahl an Initiativen für solidarische Landwirtschaft aufgebaut hat (www.csabrasil.org). Im Laufe der Zeit entstand dabei die Frage, warum dieses Prinzip nur lokal funktionieren sollte. Was ist mit Produkten, bei denen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen weit voneinander entfernt leben? Ist auch eine Solidargemeinschaft über Kontinente möglich? Die Gründung von Teikei Coffee tritt den Beweis für das Produkt Kaffee an.

Grundlage der Initiative ist der Zusammenschluss von ErzeugerInnen, den KaffeebäuerInnen in Mexiko, und einer Verbrauchsgemeinschaft, Kaffeetrinkende in Deutschland/Europa. Nach dem Solawi-Prinzip finanziert die Verbrauchsgemeinschaft den Anbau des Kaffees und erhält dafür im Gegenzug die Ernte. Dies wird über eine Vorfinanzierung bewerkstelligt: Die Verbrauchenden entscheiden sich für eine Jahresmenge an Kaffee, die sie vorbestellen. Diese Planungssicherheit macht die ErzeugerInnen in Mexiko unabhängig von schwankenden Marktpreisen.

Der Kaffee – Spitzenprodukt aus Mexiko

Die Arabica-Bohnen, die Teikei Coffee vertreibt, wachsen in der Nähe von Veracruz in Mexiko, unter anderem auf der Finca »El Equimite«. Da die Arabica-Pflanzen schattiges Terrain benötigen, setzen die mexikanischen KaffeebäuerInnen auf traditionellen Regenwaldanbau: Die Kaffeepflanzen wachsen im Schatten des natürlichen Regenwaldes, der dabei zu 70 Prozent erhalten bleiben kann. Der Anbau erfolgt nach ökologischen Kriterien; teilweise ist er Demeter-zertifiziert.

Hermann Pohlmann erläutert, dass der faire Preis, den die Initiative an die BäuerInnen für den Rohkaffee zahlt, in enger Absprache festgelegt wird. Ein durchschnittlich bezahlter »Fair Trade«-Preis von vier bis fünf Euro pro Kilogramm sichere zwar das Einkommen, biete der nachfolgenden Generation aber keine ausreichende Perspektive, die Arbeit in der Finca zu übernehmen, weil besser bezahlte Jobs in Städten locken. Teikei Coffee bezahlt daher 7,80 Euro pro Kilogramm Rohkaffee – ein Preis, bei dem sich auch die Kinder der KaffeebäuerInnen eine Zukunft auf der Finca vorstellen können.

Der Weg nach Deutschland – Transport mit dem Frachtsegelschiff

Die Nachhaltigkeit im Anbau und im Wirtschaften zogen für Pohlmann als logische Konsequenz auch die Notwendigkeit eines nachhaltigen Transports nach sich. Das war auch den BäuerInnen ein großes Anliegen. Containerschiffe, die üblicherweise genutzt werden, verwenden Schweröl und verursachen eine erhebliche Umweltverschmutzung. Nach Berechnungen des Naturschutzbundes verursachen die 15 größten Containerschiffe der Welt die gleiche Menge Luftschadstoffe (vor allem Stick- und Schwefeloxide sowie Feinstaub und Ruß) wie 750 Millionen PKW. Teikei Coffee setzt daher auf die Zusammenarbeit mit Timbercoast, die als eine von wenigen Firmen den Übersee-Transport von Waren mittels eines Frachtsegelschiffs anbietet und somit emissionsfreie Windkraft für den Transport nutzt.

Die grünen Kaffeebohnen sind rund drei Monate auf See unterwegs. Vom Hafen in Bremen reisen die Bohnen mit Bahn und Fahrradkurier nach Velburg bei Nürnberg, wo Bernhard Burnickl von der Spezialitätenrösterei GranoMoreno den Kaffee in traditioneller schonender Röstung zu einem Spitzenprodukt veredelt. Von Velburg aus wird der fertige Kaffee an die VerbraucherInnen versendet.

Kaffee für Kassel

Nachdem ich Hermann Pohlmann und Teikei Coffee kennengelernt hatte, stand für mich fest, dass unsere Solawi-Mitglieder von diesem Projekt erfahren müssen. Ich wollte Interessierten eine Möglichkeit zur Sammelbestellung anbieten. Es war nicht schwierig, meine Begeisterung für das Projekt weiterzugeben. So kam wenige Wochen später unsere erste Kaffee-Lieferung in Kassel an. Wir wissen nun aus eigener Erfahrung: Es gibt leckeren Kaffee, der fair bezahlt ist und kaum Emissionen verursacht hat. Dank Teikei Coffee!

Infos unter:
www.solawi-kassel.de
www.teikei-coffee.org

SUCHE NACH ATOMMÜLL-LAGER: 129 LANDKREISE UND KREISFREIE STÄDTE KÖNNTEN BETROFFEN SEIN

Wohin mit dem Atommüll?

Mit der Änderung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) im letzten Jahr, ist die Suche nach einem Atommüll-Endlager wieder völlig offen. Die Organisation .ausgestrahlt hat nun eine Karte mit möglichen Standorten veröffentlicht. Abgeschlossen soll die Suche erst 2031 sein.

ULRIKE KUMPE, BERLIN

Das 12-köpfige Team der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt hat eine Karte veröffentlicht, in der 129 Landkreise und kreisfreie Städte in Deutschland als potenzielle Atommüll-Endlager eingezeichnet sind. Sie können von der Suche nach einem tiefengeologischen Lager für hochradioaktiven Atommüll betroffen sein. In den infrage kommenden Gebieten gibt es entsprechend geeignete Gesteinsformationen. Gegenüber klimaretter.info äußerte sich im März 2017 Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg kritisch zum neuen Gesetz: »Die geologischen Kriterien für die Auswahl der Standorte sind zu schwach. So ist kein dichtes Deckgebirge vorgeschrieben, das das Endlager von der Biosphäre abschirmt.« Weitere Kriterien das sind gibt Jochen Stay Sprecher von .ausgestrahlr in einer Presseerklärung an: »Da die Suche laut Gesetz auf Regionen mit Salz-, Kristallin und Tonvorkommen begrenzt ist, ergeben sich daraus erste Anhaltspunkte, welche Gebiete betroffen sein können«

Wo könnte das Endlager sein?

Die von .ausgestrahlt ermittelten Orte sind ihren eigenen Angaben zufolge aber nicht von offizieller Seite vorgeschlagen, sondern potentiell betroffen. Die Grundlage der nun veröffentlichten Karte sind vorhandene Studien der Bundesanstalt für Geowissenschaften sowie Rohstoffvorkommen wie Salz,- Kristallin oder Ton. Wieder mit dabei ist der Standort Gorleben. Das ärgert auch Ehmke, dass: »der Standort Gorleben, wo das Gebirge zerklüftet ist, wieder dabei« ist.

Im selben Interview gegenüber klimaretter.info gibt er außerdem zu bedenken: »Die Rechte der betroffenen Bürger in einer Region und der Experten im nationalen Begleitgremium für die Endlagersuche reichen nicht aus, um nötigenfalls Korrekturen im Gesetz zu erreichen. Es wird, wie gehabt, von oben nach unten durchregiert. Das muss geändert werden. Ein solches Großprojekt kann man nicht gegen die Bevölkerung durchsetzen.« Das sieht Jochen Stay von .ausgestrahlt genauso. Er begründet die Veröffentlichung der Karte damit, dass BürgerInnen und Regionen frühzeitig die Chance gegeben werden sich vorzubereiten. Auch .ausgestrahlt argumentiert mit mangelnden Mitbestimmungsrechten der Betroffenen bei der Standortauswahl künftiger Atommüllendlager.

Karte:
https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/standortsuche/?tab=3

Infos unter:

http://www.klimaretter.info
https://www.ausgestrahlt.de

ANZEIGEN

graswurzel revolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

GWR Nr. 427:
Frauenbewegung in Polen

Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

BERLIN: DAS WILDWASSER FRAUEN*NACHTCAFÉ

Ein sicherer Ort für Frauen*

»Was eine Krise ist, entscheidet Jede* selbst, was hilfreich ist, auch!«

▲ Der Eingang zum FrauenNachtCafé in Berlin-Neukölln: ein Ort zum Ankommen und Wohlfühlen. Foto: FrauenNachtCafé

Im Nord-Neuköllner Kiez Rixdorf liegt das Frauen*NachtCafé und hat an drei Abenden in der Woche – jeden Mittwoch, Freitag und Samstag – geöffnet. Hier treffen sich Frauen*, um sich auszutauschen, Kontakte zu knüpfen, Beratung oder einen sicheren Ort zu finden.

Feministisch, parteilich, transkulturell

Den Charme des Ladens machen seine gemütlichen Räume und die Offenheit im Umgang miteinander aus. Themen, die in der Gesellschaft meist tabuisiert sind, können hier besprochen werden und der Selbsthilfeansatz lädt dazu ein, von den Erfahrungen der anderen Frauen* zu profitieren. Dabei sind die Themen sehr unterschiedlich, Alltagsfragen, Geselligkeit und Unterstützung bei Krisen, alles hat hier Platz. Wildwasser steht insbesondere für Selbsthilfe bei Betroffenheit von sexualisierter Gewalt in der Kindheit und das spiegelt sich auch im FrauenNachtCafé wieder. Viele Frauen* suchen genau das hier, Austausch über das Leben mit den Folgen von sexualisierter Gewalt oder sie suchen Unterstützung, weil sie gerade akut sexualisierte, körperliche oder psychische Gewalt erlebt haben. Das Frauen*NachtCafé ist diesbezüglich die einzige, nächtliche Krisenanlaufstelle für Frauen* in Berlin.

Zum Ansatz von Wildwasser gehört auch, dass wir Krisen nicht als Ausdruck von Krankheit oder persönlichem Versagen betrachten, sondern Krisen gehören zum Leben dazu, insbesondere in den gesellschaftspolitischen Verhältnissen in denen wir leben. Obwohl Krisen sehr großes Leid bedeuten können, können sie auch Chancen zur Veränderung bieten und neue Wege und Perspektiven eröffnen.

Konkret bietet das Angebot im FrauenNachtCafé persönliche und telefonische Beratungsgespräche, Informationen zu weitergehenden Hilfsangeboten und Selbsthilfegruppen, jeden Freitag eine moderierte Gesprächsrunde und einmal im Monat einen Kochabend. Ansonsten kann hier gespielt, gebastelt, gelesen oder musiziert werden. Materialen und Bücher, insbesondere zum Themenschwerpunkt sexualisierter Gewalt stehen zur Verfügung, ebenso wie ein Computerplatz mit Internetzugang. Das gesamte Angebot ist anonym, kostenlos und kann ohne Voranmeldung genutzt werden. Das WC ist leider nicht barrierearm.

Das aktuelle Programm des FrauenNachtCafés finden Sie unter www.wildwasser-berlin.de/frauennachtcafe.htm sowie auf der offiziellen Facebookseite unter www.facebook.com/wildwasser.frauennachtcafe

Adresse & Kontakt:
Frauen*NachtCafe´, Mareschstraße 14, 12055 Berlin-Neukölln
(S-Bahn-Haltestelle: Sonnenallee
Bushaltestelle: Mareschstraße)
Tel.: 030 - 61 62 09 70 |
Mail: frauennachtcafe@wildwasser-berlin.de

INTERCAMBIO - AUSTAUSCH MIT CECOSESOLA 2017

Zeit zum reflektieren

Von Juni bis August 2017 hatten wir zwei Compañeros aus der venezolanischen Kooperative Cecosesola zu Gast. Auf dem Projektehof Wukania und auf dem Hof Ulenkrug haben Elvis und Marian eine Zeitlang mitgearbeitet und den Alltag geteilt, außerdem haben wir die Kommune-Netzwerke Region Kassel und Wendland besucht, Kollektivbetriebe und Hausprojekte in Berlin und einige mehr. Eine Aktive aus Cecosesola schildert nach einer kurzen Einleitung ihre Eindrücke von Kommunen und Kollektiven in Deutschland.

MARIAN MADELEINE PEREZ JIMENEZ UND PHILIPP BAUER

An vielen Orten haben die beiden von den Erfahrungen bei Cecosesola und ihren Eindrücken hier in Deutschland berichtet und wir haben gegenseitig viel voneinander lernen können. Bei vielen aus den beteiligten Projekten, hier wie dort hat der Austausch andere, kritische Sichtweisen auf das eigene Projekt ermöglicht. Für die Projekte in Deutschland fanden wir dafür die kritischen Anmerkungen der beiden Besucher*innen besonders anregend.

Die Armen werden ärmer

Ich habe mal in einem Buch gelesen: »Wer sich nicht bewegt, spürt seine Ketten nicht«. Ich danke euch, denn mich mit euch zu bewegen hat mir ermöglicht, meine Ketten und die Ketten meiner Landsleute zu spüren, aber es hat mir auch die Kraft gegeben, um den Kampf zu führen, sie abzustreifen. Ohne Zweifel war alles bei diesem Austausch es wert, ihn gemacht zu haben. Danke, unendlich vielen Dank für so viele Emotionen, so viele Erfahrungen, so viele Perspektiven!

Ich erinnere mich, wie wir in Berlin ankamen. Der Weg vom Flughafen war voller neuer Eindrücke: beeindruckende Architektur, Supermärkte an allen Ecken, PKWs neuesten Modells, gigantische Gebäude aus Glas, die ich nur aus Zeitschriften kannte, superbreite Alleen – viele Eindrücke, die ich im selben Moment nicht verarbeiten und analysieren konnte. Die nächsten Tage und viele Gespräche haben mir erlaubt, Stück für Stück zu verstehen, wie ein so unglaublich reiches Land funktioniert, und am eigenen Leib zu spüren, was ich nur aus Büchern wusste: wie ungleich und ungerecht diese Welt ist, wie ungleich die Ressourcen verteilt sind, wie sehr die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer.

Außenansichten auf deutsche Projekte

Stück für Stück haben wir viele Projekte besucht, alle sehr spannend. Die meisten Projekte und die Formen, sich zu organisieren, waren für mich neu; vor allem die, die zusammenleben, fand ich super interessant. Es hat mich überrascht, dass tendenziell alle Teil von wichtigen politischen Kämpfen waren. Ich hatte den Eindruck, dass viele Compañeros aus diesen Projekten Zugang zu einer sehr guten universitären Bildung hatten, und obwohl einige vielleicht nicht studiert haben, konnte man leicht merken, dass es sich um intellektuelle Compañeros handelt, die einen kritischen Blick haben auf das kapitalistische System und auf die Unterdrückungssysteme, die diese arme, schon so geschundene Welt in Ketten halten. Es hat mich fasziniert, dass die meisten Projekte von Menschen gemacht wurden, die politisch sehr aktiv zu den Themen Rassismus, Feminismus, Gentrifizierung, Ökologie, Flüchtlinge arbeiten, und zu vielen Themen mehr. Ich habe die selbstlose Arbeit von vielen dieser Menschen bewundert, eine Arbeit, um wirklich sehr kleine Veränderungen zu bewirken, die aber große Bedeutung haben.

Gleichzeitig gab es Widersprüche, die ich nicht geschafft habe zu verstehen: Zum Beispiel gab es in einigen Projekten viele Aktivitäten gegen Rassismus, aber dennoch (und das war seltsam für mich zu beobachten) gab es keine einzige »Person of Color«, die an diesen Orten lebte oder regelmäßig zu Besuch war. Ein Beispiel für etwas anderes ist Wukania: Dort gibt es eine Wohnung für Geflüchtete, und es war wunderbar, diese Compañeros mit all diesen Lebensgeschichten kennenzulernen, mit diesem sehr menschlichen Willen, für ein besseres Leben zu kämpfen und mit diesen unterschiedlichen Arten, das Leben zu sehen, die nicht deshalb weniger wichtig wären. Ich nutze die Gelegenheit, den Leuten von Wukania zu gratulieren, dass ihr eure Türen geöffnet habt und diesen Menschen die Gelegenheit gebt, einen Ort zu haben, und dass es egal ist woher wir kommen, welche Sprache wir sprechen und welche Hautfarbe wir haben, denn es gibt andere Gefühle, die uns verbinden und die eine universelle Sprache haben. Mir ist in den Projekten auch aufgefallen, wie viel Platz der individuelle (Frei-) Raum einnimmt – dass Menschen zum Beispiel nicht zum Plenum kommen, obwohl sie sich doch für kollektives Leben entschieden haben. Zwei Stunden Treffen pro Woche finden viele zu viel – bei uns treffen wir uns an zwei bis drei ganzen Tagen pro Woche. Es hat mich besonders verwundert, weil in Deutschland durchschnittlich jede*r viel mehr Zeit und Geld für Persönliches zur Verfügung hat als bei uns, in Venezuela.

Gemeinsam einen Weg bauen

Viele Gruppen haben eine Menge Ressourcen zur Verfügung – Platz, Räume, Produktionsmittel, Fähigkeiten – und nur wenige machen das zugänglich und nutzbar für mehr als die eigenen Mitglieder oder die eigene Szene. Ein positives Beispiel dagegen fand ich die Projekte Solidarischer Landwirtschaft oder einige Nachbarschafts-Selbsthilfewerkstätten. Deutschland zu besuchen und mich dort viel mit Elvis auszutauschen, hat mir auch ermöglicht, unsere Organisation Cecosesola tiefgehender zu verstehen, und mit Hilfe des kritischen Blicks von einigen Compañeros, die wir kennengelernt haben, uns zu reflektieren und zu analysieren. Wir wissen, dass wir als Organisierungsprozess viele Einschränkungen und Probleme haben, die wir aber versuchen zum Anlass zu nehmen, uns als Gruppe und als Einzelne einer Selbstreflexion zu unterziehen. Das alles hat in mir Gefühle erweckt, die mich Tag für Tag motiviert halten, trotz der politischen und ökonomischen Situation in Venezuela, die sich immer weiter verkompliziert. Jeden Tag zu erleben, wie wir in unseren Treffen die Dinge analysieren, wie wir uns gegenseitig helfen, das ist ohne Zweifel der beste Beweis dafür, dass wir weiter gemeinsam an einem Weg bauen.

ANZEIGE

REZENSIONEN

LINKE MEDIEN IN DEN USA

Dieses reichhaltig illustrierte Buch berichtet über die Druckerzeugnisse der radikalen Linken in den USA der 1970er Jahre. Dabei werden, meist durch ZeitzeugInnen Themen, Bewegungen und Organisationen vorgestellt.

Das 2011 gegründete Interference Archive in New York sammelt alle Erzeugnisse aus den diversen antagonistischen und sozialen Bewegungen und künstlerischen Subkulturen (Punk, DIY usw.). »Finally got the News« entstand im Zusammenhang einer dort gezeigten Ausstellung. Das Buch lebt von den über 200 enthaltenen Abbildungen, die originalgetreu in Schwarz-Weiß und in Farbe reproduziert werden. Die Periodika und Broschüren wurden oftmals mit Schreibmaschine geschrieben, die Überschriften sind von Hand gestaltet und wirken heute schlicht und oft dilettantisch, durch die begrenzten gestalterischen Möglichkeiten vor Internet oder Desktop Publishing. Optisch dominiert die anscheinend weltweit verbreitete Bildsprache: Fäuste, Fahnen und protestierende Menschenmassen..

Thematisch geht es bei den Zeitschriften und den zwölf kurzen und oft autobiographischen Texten um die ganze Breite der Organisationen und Parteien der neuen kommunistischen Bewegung (also weniger um »alternative« Themen): die radikale ArbeiterInnenbewegung, die Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung, die antikoloniale Solidarität mit dem globalen Süden (damals »Dritte Welt« genannt) oder um den Kampf gegen die Polizei, gegen Gefängnisse und um die Solidarität mit sozialen und politischen Gefangenen. Weiter werden Kampagnen oder Jahrestage näher beleuchtet, etwa der 1. Mai, der Frauentag am 8. März oder der African Liberation Day am 25. Mai.

Aus der amerikanischen Geschichte resultierend spielten in den Kämpfen und Bewegungen Rassismus und die Frage der Befreiung oder auch der Selbstbestimmung und auch des Selbstbewusstseins von native, black und hispanic americans eine große Rolle, die sich auch im Buch gut wiederspiegelt. Frauen, so wird es in mehreren Texten beschrieben, spielten eine große Rolle. Die meisten der damals propagierten politischen Sichtweisen und Theorien waren, insofern es um Kapitalismus und Imperialismus ging, vom chinesischen Maoismus oder vom Trotzkismus inspiriert und wirken heute seltsam altbacken. Im Themenfeld »Antirassismus«, das mit Kapitalismus und Kolonialismus verschränkt ist, ist das etwas anderes. Die meisten damals benannten Probleme, etwa Armut und Rassismus, sind heute immer noch sehr aktuell.

Was nun genau das im Titel des Buches genannte »gedruckte Erbe« oder »Vermächtnis« sein soll, bleibt aber auch nach der Lektüre eines virtuellen Roundtable-Gespräches mit 19 ZeitzeugInnen am Ende des Buches unklar. Die unwillkürlich bei diesem Jahrzehnt große Anzahl an Organisationsnamen und (dazugehörigen) Abkürzungen wird in einem Glossar zusammengefasst.

Bernd Hüttner

Brad Duncan/Interference Archive (Hrsg.): Finally Got the News. The Printed Legacy of the US Radical Left 1970-1979, CommonNotions, New York 2017, ISBN 9781942173069, 27,95 USD

AUTOBIOGRAPHIE VON LUTZ TAUFER

Mit »Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela« von Lutz Taufer liegt nun eine weitere Autobiografie eines Protagonisten des bewaffneten Kampfes im Westdeutschland der 1970er Jahre vor. Taufer war in der RAF organisiert. Der chronologische Aufbau folgt bekannten Mustern, weil es anders wohl kaum sein kann: Kindheit und Jugend in einem vom Nationalsozialismus geprägten Land, politischer Aufbruch Ende der 60er Jahre, der Schritt in den Untergrund, Haft, das Leben danach. Taufer erzählt ruhig und unaufgeregt. Er hält dies selbst an den schwierigsten Stellen des Buches durch, etwa im Kapitel zur Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm 1975, an der er beteiligt war und die zu vier Todesopfern führte. Die Sprache zählt zu den Stärken des Buches.

Dass »Über Grenzen« zur RAF selbst wenig Aufschlüsse liefert, stellt Taufer gleich zu Beginn klar: »Ich habe manches weggelassen, sensationelle Enthüllungen, etwa über Stockholm oder die RAF, finden sich in diesem Buch nicht.« Tatsächlich widmet sich nur ein relativ kleiner Teil des Buches der RAF. Auf seine 20 Jahre als Gefangener und die Extremerfahrungen des Hungerstreiks geht Taufer jedoch ausführlich ein.

Nach seiner Entlassung dauerte es nicht lange, bis ihm »dieses Leben als Ex-RAF-Gefangener, das meinen Alltag prägte, irgendwann auf den Geist ging«. Das ist verständlich. Gleichzeitig gehört es zu dem Schicksal der ehemaligen Mitglieder der Stadtguerilla, dass das öffentliche Interesse an ihrer Person untrennbar mit dieser Rolle verknüpft ist. Während in Taufers Buch bis zu dem Zeitpunkt seiner Haftentlassung alle an der Geschichte der Stadtguerilla Interessierten auf ihre Kosten kommen werden, setzt die Lektüre seiner Arbeit in Basisinitiativen in Rio de Janeiro ein Interesse an den sozialen Verhältnissen Brasiliens voraus.

Taufers Biografie und politischer Weg stehen für eine allgemeine Veränderung linker Verhältnisse: von den dogmatischen Organisationen mit revolutionärem Anspruch der 1970er Jahre zu der auch im Buch bemühten, weit entspannteren »Bewegung der Bewegungen« der 2000er. Bemerkenswert, nicht zuletzt für Leser*innen der »Contraste«, sind die lobenden Worte, die Taufer für selbstverwaltete Projekte findet: »Ich möchte das hervorheben. Die linke bzw. linksradikale Szene hat in Westberlin jahrzehntelang tragfähige und produktive Gemeinschaftsstrukturen geschaffen und weiterentwickelt, die auch für uns ehemalige Gefangene ein wichtiger Raum waren, der uns solidarisch aufgenommen und weitergeholfen hat. Solche Strukturen sind alles andere als selbstverständlich.«

Taufers Autobiografie zeichnet subjektiv gesamtgesellschaftliche Entwicklungen nach, die sich auch in der Linken niederschlugen. Das ist ein Verdienst.

Gabriel Kuhn

Lutz Taufer: Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela; Verlag Assoziation A, Berlin/Hamburg 2017, ISBN 978-3-86241-457-4, 19,80 Euro

»LEBENSRETTEND« ODER »PARANOID«?

In dem umfangreichen Buch wird in 13 Kapiteln die Geschichte des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg (SPK) aufgearbeitet. Das Kollektiv existierte von Ende Februar 1970 bis zu seiner Auflösung Mitte Juli 1971 und ging aus einer Gruppe von ca. 50 Patient*innen, angeleitet von Dr. Wolfgang Huber, an der Psychiatrischen Poliklinik der Universität Heidelberg hervor. Nach einem längeren Konflikt war der Arzt entlassen worden. Seine Patient*innen sowie Student*innen der Projektgruppe Medizin besetzten daraufhin die Klinikverwaltung und forderten die Wiedereinstellung Hubers. Im Rahmen eines Kompromisses wurden ihnen universitätseigene Räume außerhalb der Klinik in der Rohrbacherstraße 12 zur Verfügung gestellt. Seit dem 19. Oktober 1970 bedrohte eine Räumungsklage das SPK, die wie ein Damoklesschwert über der Gruppe schwebte.

Der Autor des Buches, Prof. Dr. Christian Pross hatte während seines Zivildienstes die grauenerregenden Zustände der herkömmlichen Anstaltspsychiatrie kennengelernt. Er war an der Besetzung beteiligt. Das Buch ist erstens eine Auseinandersetzung des Autors mit Dr. Huber, der in dem Buch sehr schlecht wegkommt. Pross unterstellt Dr. Huber, dass dieser psychologische Standesregeln verletzt hätte. Trotzdem ist das Buch eine verdienstvolle Arbeit des Autors und zwei seiner Kolleginnen, die über 60 Zeitzeug*innen befragt haben. Dadurch werden zweitens Innenansichten aus dem SPK deutlich. Die Therapiegemeinschaft wurde zu einem Zufluchtsort und Rettungsanker. So sei sie für eine 17jährige Schülerin, die vor familiärer Gewalt und Missbrauch geflohen war, »lebensrettend gewesen«. Das SPK war eine linke Sozialstelle mit Selbsthilfecharakter. Das sprach sich herum, es kamen immer mehr Betroffene. Viele fanden Gehör für tabuisierte Themen wie Homosexualität und Drogenprobleme. Andererseits werden in dem Buch auch die Schattenseiten des Projekts thematisiert. So fühlten sich viele Patient*innen zerrissen zwischen Gruppenloyalität und Angst. Es entstand eine »paranoid kämpferische Grundstimmung« und Feindbilder wurden aufgebaut. Drittens werden in dem Buch Reaktionen auf das SPK von außen sichtbar. So widerspricht Pross der These, dass das SPK eine Kaderschmiede der RAF gewesen sei. Das Kollektiv war aber ohne die Repression nicht denkbar. Neue Formen der Selbstorganisation und Selbsttherapie sind schließlich ein Ergebnis der Einwirkung von außen.

Das Buch des Psychiaters Pross orientiert sich an wissenschaftlichen Standards, es bietet jedoch keine linke Geschichtsaufarbeitung. Wegen der vielen Zeitzeug*innen ist es aber ein wertvolles Buch, das spannend zu lesen ist.

Anne Seeck

Christian Pross unter Mitarbeit von Sonja Schweitzer und Julia Wagner: Wir wollten ins Verderben rennen. Die Geschichte des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg; Psychiatrie-Verlag, Köln 2016, 500 Seiten, 40 Euro

PROTEST ALS KULTUR?

Es gibt sicherlich Bilder und Symbole, deren emanzipatorische Absicht sofort erkennbar ist. Bei anderen ist dies nicht zwingend der Fall. In der Regel hängt es auch von der medialen Rahmung ab, wie etwas wahrnehmbar ist oder wahrgenommen wird. Dies wurde z.B. im Zeitraum der G20 Proteste deutlich, als in den Medien hierzulande Militante in Venezuela ganz anders »gerahmt« wurden als jene in Hamburg. Obwohl das Bild an sich, oder sein Ausdruck sehr ähnlich waren, wurden die einen als Freiheitskämpfer_innen (Venezuela) und die anderen als Verrückte (Hamburg) dargestellt.

Proteste und soziale Bewegungen verwenden eine Unmenge an kulturellen Praktiken. Der hier anzuzeigende Sammelband enthält 57 Einträge, die dieses Universum an Ausdrucksformen beschreiben und kritisch reflektieren. Die Beiträge umfassen meist nicht mehr als zehn Seiten und sind nach einem ähnlichen Schema aufgebaut. Nach einer Definition des Gegenstandes des Artikels folgt eine Untersuchung seiner Bedeutung in Protestkulturen und –bewegungen. Danach werden theoretische und empirische Forschungsperspektiven und ggf. Lücken aufgezeigt, um dann abschließend ein halbes Dutzend Lektüreempfehlungen anzubieten.

Die ersten sieben Beiträge sind etwas theoretisch und grundsätzlicher, hier geht es um Protest und Protestbewegungen überhaupt, und die Forschung dazu im engeren Sinne, also auch um Protest als Lifestyle, als Gegenkultur oder als Medienphänomen. Viele der folgenden Beiträge behandeln dann »Protest« als performativen, expressiven (Sprech-) Akt: Mit der Untersuchung von Formen von Protest, die klassischerweise eher dem Theater, der Sprache, den Medien oder der Musik zugeordnet werden, wie Kino, öffentlichem Raum, Postern, Mode oder Graffiti. Weitere setzen dann etwas anders an, indem sie Utopien, Narrative, Erinnerung, Emotionen oder Identität untersuchen. Ab Beitrag 48 geht es dann um Reaktionen auf Protest, und ab Aufsatz 53 um langfristige Konsequenzen aus Protest, etwa für die eigene Biographie oder sich verändernde Geschlechterrollen.

Die allermeisten Texte durchzieht ein »kultureller« und nicht ein politisch-kritischer, von Konflikt oder gar Macht und Herrschaft her denkender Ansatz. So ist der Umfang und die Breite der beschriebenen Themen und Praktiken zwar beeindruckend, aber manches auch arg banal. Thesen, wie etwa Protest »sei längst Bestandteil des Mainstreams« werden auch nicht wirklich begründet. Anlässlich der Hetze von »Hamburg« entstand ja nicht unbedingt dieser Eindruck; auch wenn »Protest« in der Popkultur überall anzutreffen ist.

Ein Begleiter, wie der Untertitel »A Companion« ja meint, ist dieses Buch insofern nicht, als es wegen des immensen Preises in Deutschland nur in Bibliotheken stehen dürfte - und (nur) dort nutzbar ist.

Bernd Hüttner

Kathrin Fahlenbrach, Martin Klimke, Joachim Scharloth (Hrsg.): Protest Cultures. A Companion; Berghahn Publishers, Oxford / New York 2016, 568 Seiten, ISBN 978-1-78533-148-0, 170.00 USD /£ 121/104,94 Euro

EINFÜHRUNG IN DIE (ERFOLGREICHE) GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISATION

Die Gruppe OGK (www.organisieren-gewinnen.de), die Impulse für eine lebendige Arbeiterinnen- und Gewerkschaftsbewegung geben möchte, hat eines der amerikanischen Standardwerke für die basisgewerkschaftliche Organisation – »Secrets of a Sucessful Organizer« – produziert. Von den Labor Notes (www.labornotes.org)wurde es ins Deutsche übersetzt. Es ist eine praxisorientierte Anleitung für die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb, die acht Lektionen umfasst: Ausgehend von der richtigen Einstellung über die Face-to-Face Gespräche mit Kolleg*innen bis zur Themenfindung. Dabei gliedert sich jedes Kapitel in Geheimnis, Beispiel aus dem echten Leben, Tipp, Übung und Hinweis auf Download.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe heißt es: »Wir sind sicher, dass dieses Handbuch auch uns in Deutschland helfen kann, eine starke Bewegung gegen die Angriffe von Vorgesetzten und Chefs aufzubauen. Es ist ein Werkzeugkasten, um im Arbeitsalltag eine solidarische Bewegung von und für uns zu schaffen.« (S. 8). Damit ergibt sich schon die Fokussierung auf die rein gewerkschaftliche Ebene. Für die hiesige Übersetzung wurden einzelne Aspekte wie die rechtliche Situation auf die deutsche Lage umgemünzt. Die Beispiele an sich sind alle aus dem amerikanischen Raum.

Viele Aspekte, die angesprochen werden, ergeben sich von selbst. Sei es die Erkenntnis, dass man der Basis gut zuhören muss und sollte (S. 50ff) oder die Betonung der Notwendigkeit, dass man sich demokratisch organisiert (S. 102ff.). Hier wird sprichwörtlich nur mit Wasser gekocht.

Einzelne blinde Flecken sind mir dabei aufgefallen. Weder wird auf das Argument, dass gewerkschaftliche Mitgliedsbeiträge für manche Menschen ein Hindernis darstellen, noch Hierarchieverhältnisse innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation reflektiert. Außerdem fehlen Ansätze für die Organisation von zeitlich-begrenzt angestellten Arbeitskräften sowie eine Diskussion der Kooperationsmöglichkeiten mit Angestellten aus Zulieferbetrieben.

Mir scheint dieses Handbuch geeignet zu sein für Branchen, in denen unbefristete Arbeitsverhältnisse vorherrschen und die Arbeitnehmer*innen auch idealtypischer Weise von einem Job leben können.

Im Gegensatz zu den Herausgeber*innen denke ich, dass – trotz aller Kritik, die man an den DGB-Gewerkschaften haben kann – zumindest ein ähnlich geartetes Training in Form von Fortbildungen und Bildungsseminaren angeboten wird, so dass ich mich persönlich frage, ob dieses Buch sinnvoll ist – außer für ein paar hauptamtliche Gewerkschaftsmitglieder. Kleinere, alternative Gewerkschaften wie die Freie Arbeiter*innen Union oder die partiell existierenden IWW-Gruppen haben zudem andere Vorgehensweisen und Selbstverständnisse, die nur bedingt mit diesen Organisationsansätzen konform gehen.

Maurice Schuhmann

Alexandra Bradbury / Mark Brenner / Jane Slaughter: Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin, Schmetterling Verlag Stuttgart 2017, 272 S., ISBN: 3-89657-155-9, 13,80 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

WANDELWERKSTATT

»Solidarische Lebensmittel-Kooperative in Potsdam-Mittelmark«
16. - 18. März (Potsdam)

Wie lassen sich Modelle regionaler, ökologischer und nachhaltiger Lebensmittelproduktion und Verteilung in einer solidarisch wirtschaftenden Kooperative zusammenführen? Ein Arbeits- und Vernetzungswochenende zur Entwicklung und Umsetzung eines Modellprojektes, organisiert in Kooperation von »das kooperativ e.V.« und »Fairbindung e.V.«
Ort: Projekthaus Potsdam, Rudolf-Breitscheid-Straße 164, S-Bahn Griebnitzsee
Info: bbb.wandelwoche.org/wandelwerkstatt-solikoop

FACHFORUM

Soziale Arbeit, Empowerment & kollektive Organisierung
06. - 07. April (Düsseldorf)

Empowerment ist ein vielfach beachtetes Konzept in zahlreichen Feldern der Sozialen Arbeit. Es zielt auf individueller, kollektiver und organisationaler Ebene auf Maßnahmen und Strategien ab, die den Grad der Selbstbestimmung und Autonomie im Leben von Menschen und Gemeinschaften erhöhen - insbesondere durch die selbstverantwortliche Vertretung der jeweiligen Interessen.
Das Fachforum Empowerment zielt darauf ab, unterschiedliche konzeptionelle Verständnisse von Empowerment und die Spannbreite von Empowerment-Praxen sichtbar zu machen und einen Austausch zu fördern.
Ort: Hochschule Düsseldorf
Info: www.fachkonferenz.empowerment-studies.de

HAMBACHERFORST

Rodungsstopp bis Oktober 2018!

Die Rodungssaison 2017/2018 im Hambacher Wald geht zu Ende. Nach zwei schlimmen Tagen im November hat das Oberverwaltungsgericht in Münster einen sofortigen Rodungsstopp angeordnet. Eine Sensation! Zum ersten Mal seit vierzig Jahren fallen im Hambacher Wald in der Rodungssaison keine Bäume. Und das soll so bleiben, deshalb geht es mit den Sonntagsspaziergängen weiter: 18. März (Rote Linie), 15. April, 13. Mai, 10. Juni, 15. Juli....
Info: www.naturfuehrung.com und hambacherforst.org

PARTIZIPATION

Alle im Boot?!
13. - 14. April (Bielefeld)

Schwer erreichbare Zielgruppen in Beteiligungsprozesse einbeziehen. Die Veranstaltung ist stark praxisorientiert und richtet sich an Prozessverantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen. Im Mittelpunkt des Seminars steht die Frage, wie es gelingen kann, Menschen in Partizipationsprozesse einzubeziehen, denen Beteiligung nicht »nahe liegt« und die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren. Wie können wir z.B. Migrant*innen, benachteiligte Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewinnen und sie dabei unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren? Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt werden und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden?
Ort: Jugendgästehaus Bielefeld, Hermann-Kleinewächter-Str. 1, 33602 Bielefeld
Info: www.mitarbeit.de/alle_im_boot_2018

VORTRAG

Anfänge der Kibbuzim-Bewegung
19. April (Dresden)

Im ausgehenden 19. Jahrhundert gab es - bedingt durch den immer stärker um sich greifenden Antisemitismus in Europa - eine verstärkte jüdische Migration nach Palästina, wo diverse Kollektive entstanden, aus denen später die Kibbuzim-Bewegung hervorging.
Referent: Dr. phil. Maurice Schuhmann
Ort: Gemeindezentrum der Jüdischen Gemeinde, Hasenberg 1, 01067 Dresden
Info: maurice.schuhmann@mailbox.org

GLOBALER AKTIONSTAG

Stoppt die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr!
28. April (Bundesweit)

Die »Ökologiebewegung Mesopotamien und Initiative zur Rettung von Hasankeyf« ruft alle Menschen auf, sich in einem globalen Aktionstag gegen die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr in Nord-Kurdistan, zu stellen. Seit Jahren sind diese, durch die von der AKP geführten türkischen Regierung, systematischen Zerstörungen ausgesetzt. Doch beide sind auch zu Symbolen des Widerstandes sowohl gegen die ökologisch-soziale Zerstörung durch Mega-Investitionsprojekte, als auch die seit 2015 laufende Kriegspolitik des türkischen Staates geworden.
Info: www.hasankeyfgirisimi.net

SCHREIBKLAUSUR

Arbeit an Texten zur Transformation von Wirtschaft
20. - 23. Juni (Reckenthin)

Die Akademie für Suffizienz und Vereinigung für ökologische Ökonomie e.V. lädt zur (kostenlosen) thematischen Schreibklausur ein. Über Wirtschaft schreiben kann man auch in der Uni oder im Büro - aber ein kritischer Blick fällt oft leichter aus der Entfernung. Um kritisches Denken und Schreiben über ökonomische Fragen zu fördern, organisieren wir in der Akademie für Suffizienz thematische Schreibklausuren. Wir laden an einen Ort, wo herrschende Wirtschaftsorganisation hinterfragt wird und alltagstaugliche Antworten gesucht werden. Für die theoretische Arbeit gibt es Rückzugsraum und eine Themenbibliothek.
Ort: Akademie für Suffizienz, Groß Pankower Weg 7, 16928 Reckenthin
Info: www.akademie-suffizienz.de/aktuelles

KLEINANZEIGEN

URLAUB IN SPANIEN

Bio-Natur Urlaub LA MOLINA: Andalusien – Spanien - Ferienhäuser, Caravans, Camping.

Tel: 0034660167981.
Web: www.lamolina.tk

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an:
contact@artinweb.de,
www.artinweb.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN — EIN GENERATIONEN VERBINDENDES PROJEKT

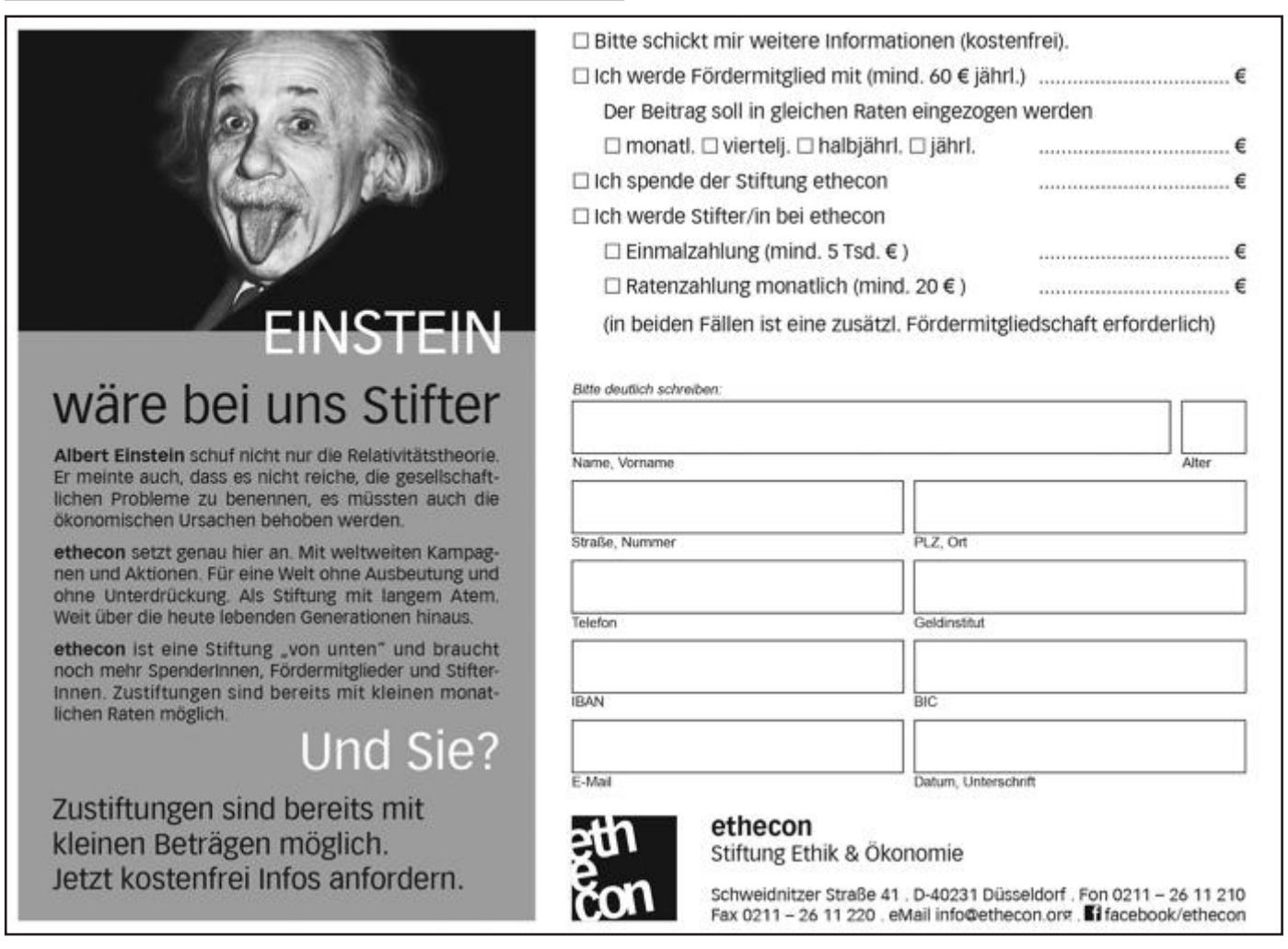
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail:
arianedettloff@ina-koeln. org
Tel.: (02 21) 31 57 83 s

Kleinanzeigen

Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat).
Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat).
(Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

ANZEIGEN



IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

info@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Ulrike Kumpe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
✉christoph.chang@riseup.net
Ulrike Kumpe
✉ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin
BREMEN:
Bernd Hüttner
✉bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉johannes.dietrich@contraste.org
GÖTTINGEN:
Kai Böhne
✉kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎(0 40) 39 90 41 96
✉hilmarkunath@web.de
KASSEL:
Sabine Conti
✉info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
✉regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎(01 70) 58 38 900
✉heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎(02 21) 31 57 83
✉ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎(0 71 44) 33 22 56
✉peter.streiff@netz-bund.de

ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎0043-699 11 28 65 57
✉brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
✉hans.wieser@contraste.org /

SPANIEN:
MADRID:
Eva Sempere
✉layout@contraste.org

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
☎(07 61) 70 90 23
✉genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:
Regine Beyß
✉gemeinschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH
✉klima@contraste.org

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG
CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:
Ulrike Kumpe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck Gmbh und Co KG

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉webmaster@contraste.org

KONTAKT
Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook:
www.facebook.com/contrastemonatszeitung
twitter: contraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste